

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 16. März 1977

am Donnerstag, dem 17. März 1977

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . .	21, 28 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	23, 28 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	7, 29 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	2, 32 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	14, 32 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	15, 34 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	10, 37 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	18, 37 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	20, 40 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	2, 41 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	11, 42 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	2, 46 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	13, 47 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	4, 47 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	6, 48 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	2

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien**Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz**

1. Abgeordneter
Dr. Weber
(Köln)
(SPD) Welche Maßnahmen sieht die Bundesregierung zum Schutz des Immobilienkäufers vor, nachdem der Bundesgerichtshof durch Urteil — V ZR 4/75 — festgestellt hat, daß die Eintragung einer Auflassungsvormerkung keine geeignete Absicherung für den Fall der Insolvenz des Bauträgers ist?
2. Abgeordneter
Dr. Becher
(Pullach)
(CDU/CSU) Reichen nach Überzeugung der Bundesregierung die geltenden Gesetze aus, um jene, welche geheime und für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wichtige Staatsakten veröffentlichen, genauso unter Strafe zu stellen wie jene, von welchen sie verraten bzw. entwendet werden, und wenn nein, wird sie entsprechende Konsequenzen ziehen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

3. Abgeordneter
Dr. Luda
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, denen zufolge die Bundesregierung beabsichtigt, weitere Kreuzbauten nach Art der jetzt den Zwecken des Bundesjustizministeriums und des Bundesforschungsministerium dienenden Baulichkeiten zu errichten, und zwar gleichfalls auf dem Gelände nahe der Bundesstraße 9?
4. Abgeordneter
Dr. Luda
(CDU/CSU) Stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, daß eine derartige Massierung uniformer Mammutbetonbauten abstoßend wirken und erfahrungsgemäß bei den Staatsbürgern überwiegend Aversionen auslösen würde, die eine Regierung möglichst vermeiden sollte?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

5. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD) Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung der UN-World University als Institut einer länderbezogenen Entwicklungspolitik bei, und mit welchen Mitteln wird sie gegebenenfalls dieses Projekt unterstützen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Jugend, Familie und Gesundheit**

6. Abgeordneter
Dr. von Geldern
(CDU/CSU) Vertritt die Bundesregierung die vom Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit im Dezember 1976 gegenüber dem Verband der Deutschen Milchwirtschaft geäußerte Auffassung, daß die gesetzlichen Vorschriften auf dem Gebiet der Kunststoffverpackung ausreichend sind, noch heute, oder ist sie inzwischen mit dem Parlamentarischen Staatssekretär dieses Ministeriums, Zander, der

- Meinung, daß Molkereien Milch, Joghurt und Quark in Glasbehältern anbieten sollten, worauf beruht gegebenenfalls eine solche Änderung der Auffassung, und welche kostenmäßigen Auswirkungen hätte eine derartige Umstellung für Hersteller und Verbraucher der genannten Erzeugnisse?
7. Abgeordneter
Egert
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die in der veröffentlichten Meinung häufiger vertretene Auffassung, daß die in Brüssel verabschiedete Richtlinie zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über kosmetische Mittel hinter den im nationalen Recht (Gesamtreform des Arzneimittelrechts) gesetzten Anforderungen zurückbleibt, und welche Konsequenzen wird sie gegebenenfalls ziehen?
8. Abgeordneter
Egert
(SPD)
- Sind der Bundesregierung Mißstände beim kombinierten Transport von flüssigen Lebensmitteln und Chemikalien in Straßentankwagen bekannt geworden, hält sie diese Praxis unter gesundheitspolitischen Aspekten für bedenklich, und was gedenkt sie gegebenenfalls dagegen zu tun?
9. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, eine gesetzliche Regelung herbeizuführen, in der Höchstwerte für Bleibelastungen in Nahrungsmitteln sowie im tierischen und menschlichen Körper festgelegt werden?
10. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, Untersuchungen und Forschungen auf dem Gebiet der Bleigefährdung von Mensch und Tier zu veranlassen bzw. zu fördern, nachdem in Wohnbereichen, die an bleiverarbeitende Industrie angrenzen, größere Gefährdungen bekanntgeworden sind?
11. Abgeordneter
Kittelmann
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß seit Ernennung des neuen Präsidenten des Bundesgesundheitsamtes Ende 1975 die Zahl der unmittelbar dem Präsidenten zugeordneten Mitarbeiter von eins auf dreizehn angestiegen ist und eine Pressestelle mit vier Mitarbeitern eingerichtet wurde, deren Leiter in der Besoldungsgruppe A 15 eingestuft ist?
12. Abgeordneter
Kittelmann
(CDU/CSU)
- Trifft es weiterhin zu, daß die gesetzlich vorgeschriebene Stelle des Betriebsarztes im Bundesgesundheitsamt mit der Begründung nicht besetzt worden ist, daß dafür keine Planstelle vorhanden sei, und muß sich daher die Bundesregierung nicht die Frage gefallen lassen, daß sie auf der einen Seite einer unverantwortlichen Personalaufblähung zustimmt und auf der anderen Seite die Fürsorgepflicht verletzt, indem sie das für das Wohl der Mitarbeiter notwendige Personal diesem vorenthält?
13. Abgeordnete
Frau Schleicher
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung für den nächsten Bericht über die Situation der Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft gemäß Beschluß des Bundestages vom 9. Dezember 1964 ebenso viel Zeit brauchen wie für den ersten Bericht, und welche Vorstellungen hat die Bundesregierung hinsichtlich der weiteren Berichterstattung?

- | | |
|---|--|
| 14. Abgeordnete
Frau
Erler
(SPD) | Hält die Bundesregierung mit dem im neuen § 1356 BGB zum Ausdruck gebrachten Verständnis von der Rolle der Frau in Familie und Beruf für vereinbar, daß in der Zeitschrift der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte „Gesundheit im Beruf“ (medizinisch-literarischer Beitrag zur Volksgesundheit) Heft 3/1976 unter dem Titel „Die Frau als Partner des Erfolgreichen“ die Frau aufgefordert wird (mit ausdrücklicher Billigung der Redaktion), auf eigene berufliche Ambitionen und die damit weitgehend verbundene persönliche Entwicklung zu verzichten, um Erfolg und Karriere des Ehemannes zu fördern? |
| 15. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU) | Wann wird die Bundesregierung den zweiten Bericht über Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe vorlegen, und warum ist sie der gesetzlichen Verpflichtung dazu noch nicht nachgekommen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

- | | |
|--|--|
| 16. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) | In welchem Umfang partizipieren mittlere und kleinere Unternehmen an den für Forschung und Technologie im Bundeshaushalt aufgewandten Mitteln? |
| 17. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) | In welchem Umfang werden von der Bundesregierung Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zur Kohleverflüssigung gefördert, und wann ist mit ihrem wirtschaftlichen Einsatz in den entsprechenden Anlagen zu rechnen? |
| 18. Abgeordneter
Scheffler
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die wirtschaftliche Nutzung der Solarenergie? |
| 19. Abgeordneter
Scheffler
(SPD) | Welche Markteinführungshilfen ist sie bereit, für die wirtschaftliche Nutzung der Solarenergie zu gewähren? |
| 20. Abgeordneter
Stahl
(Kempn)
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, durch verstärkte Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich der Meerestechnologie die Arbeitsplatzsituation in norddeutschen Küstenländern zu verbessern? |
| 21. Abgeordneter
Stahl
(Kempn)
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeiten der Gewinnung von Uran aus dem Meer? |
| 22. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Rolle, die Wasserstoff und Methanol als Energieträger künftig spielen können? |
| 23. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) | Welche entsprechenden Forschungsvorhaben wurden bisher von der Bundesregierung gefördert? |
| 24. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD) | Welche Ergebnisse hat bisher der „Bürgerdialog Kernenergie“ gebracht? |

25. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD) Welche Ergebnisse haben bisher die Meinungsumfragen der Bundesregierung über die Einstellung der Bürger in der Bundesrepublik zur Kernenergie gebracht?
26. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Meinung von Bundesforschungsminister Hans Matthöfer (Flensburger Tageblatt vom 22. November 1976): „Dem weiteren Ausbau der Kernenergie kommt eine Schlüsselrolle für die künftige Entwicklung unseres Landes zu. Das atomrechtliche Genehmigungsverfahren in der Bundesrepublik Deutschland ist im internationalen Vergleich leistungsfähig und sachlich unabhängig“, und wie will die Bundesregierung dafür sorgen, daß die Deckung des Elektrizitätsbedarfs sowohl durch Kohle als auch durch Kernkraftwerke sichergestellt wird, wenn derartige Kraftwerke in einem wirtschaftlich vertretbaren Zeitraum nicht mehr genehmigt werden?
27. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Meinung von Bundesforschungsminister Matthöfer (Südwestpresse vom 22. November 1976): „Nach allem, was mir bekannt ist, kann man den Ausbau der Kernenergie im Prinzip verantworten, weil keine unzumutbaren Sicherheitsrisiken bestehen“, im Zusammenhang mit den Auflagen, die derzeit für die Genehmigung von Kohle- bzw. Kernkraftwerken gelten, und gedenkt die Bundesregierung, hier Änderungen herbeizuführen, um den Bau von Kraftwerken zu ermöglichen?
28. Abgeordneter
Dr. Hubrig
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Meinung von Staatssekretär Dr. Hauff (Bulletin vom 28. Februar 1974): „Die sichere Lagerung der heute und in unmittelbarer Zukunft anfallenden Mittel und hochaktiven Stoffe ist aber in der Bundesrepublik kein unlösbares Problem“ im Zusammenhang mit dem Weisungsentwurf des Bundesinnenministers „Entsorgungsvorsorge“ vom 2. Dezember 1976 und den Vorstellungen zur Genehmigung von Kraftwerken, die der Bundesminister des Innern den Energieversorgungsunternehmen am 3. Januar 1977 zugeleitet hat?
29. Abgeordneter
Dr. Hubrig
(CDU/CSU) Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Feststellung von Bundesforschungsminister Hans Matthöfer: „Wir müssen nach allen uns vorliegenden Energiebedarfsprognosen davon ausgehen, daß wir bald zu einem beträchtlichen Teil auf Kernenergie angewiesen sein werden“ (Bulletin vom 15. März 1975, S. 367), und wie vereinbart die Bundesregierung hiermit einen Verzicht auf die sofortige Vollziehbarkeit von Errichtungsgenehmigungen sowohl von Kohle- als auch von Kernkraftwerken, die dazu führt, daß nicht genügend Kraftwerke zur Deckung des voraussichtlichen Elektrizitätsbedarfs gebaut werden?
30. Abgeordneter
**Dr. Freiherr
Spies von
Büllesheim**
(CDU/CSU) Hat es der Bundesforschungsminister jahrelang versäumt, und gegebenenfalls warum, die notwendigen Maßnahmen zur Entsorgung der Kernkraftwerke in die Wege zu leiten, und warum hat der Bundesinnenminister erst 1976 eine Änderung des Atomgesetzes als Voraussetzung für die Endlagerung radioaktiver Abfälle vorgelegt?

- | | |
|---|--|
| 31. Abgeordneter
Dr. Freiherr
Spies von
Büllesheim
(CDU/CSU) | Welche Haushaltsmittel standen für Forschung und Entwicklung im Bereich der Entsorgung seit Anbeginn der Förderung zur Verfügung, und welche Sachgebiete, differenziert nach Auftragssumme, Auftraggeber und Auftragnehmer, wurden im einzelnen bis 1976 gefördert? |
| 32. Abgeordneter
Flämig
(SPD) | Welche Möglichkeiten der Speicherung elektrischer Energie im Megawatt-Bereich sollen erforscht werden? |
| 33. Abgeordneter
Flämig
(SPD) | Wann rechnet die Bundesregierung mit einem positiven Ergebnis entsprechender Forschungsarbeiten? |
| 34. Abgeordneter
Dr. Ahrens
(SPD) | Wie hoch ist die installierte Kernkraftwerksleistung in den Ländern des Comecon und in der Volksrepublik China, und welche Pläne bestehen in diesen Staaten für einen weiteren Ausbau von Kernkraftwerken, und wird die Bundesregierung die in diesen Staaten gewonnenen Erkenntnisse zur Wiederaufbereitung und Endlagerung von Kernbrennstoffen gegebenenfalls bei ihren weiteren Überlegungen berücksichtigen? |
| 35. Abgeordneter
Dr. Probst
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Meinung von Bundesforschungsminister Matthöfer: „Ohne die Kernenergie wäre die Wirtschaft gefährdet“ (Südwestpresse vom 22. November 1976) im Zusammenhang mit dem mangelnden Bau von Kraftwerken in der Bundesrepublik Deutschland, und mit der Tatsache, daß durch die neueren Verschiebungen beim Genehmigungsverfahren sowohl Arbeitsplätze bei den Kraftwerksherstellern, den Elektrizitätsversorgungsunternehmen als auch bei den Industriezweigen, die auf die Benutzung von Strom angewiesen sind, gefährdet sind? |
| 36. Abgeordneter
Dr. Probst
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Meinung von Staatssekretär Dr. Hauff (Bulletin vom 28. Februar 1974) „Die Erstellung der gesamten zusätzlichen Kraftwerkskapazität auf Kohlebasis erscheint mir unmöglich“, im Zusammenhang mit ihrem Energieprogramm, und wieviel neue Kohlekraftwerke sind bisher beantragt, bei wieviel ist die Errichtung verzögert? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

- | | |
|---|---|
| 37. Abgeordneter
Höpfinger
(CDU/CSU) | Welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um ausbildungswillige Betriebe, die seit Jahren überdurchschnittlich Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt und hierfür die finanzielle Belastung getragen haben, von der Berufsausbildungsabgabe zu befreien? |
| 38. Abgeordneter
Höpfinger
(CDU/CSU) | Wie stellt sich die Bundesregierung zu der Tatsache, daß solche ausbildungswillige Betriebe und Unternehmen trotz Gewährung eines Ausbildungszuschusses durch die Berufsausbildungsabgabe einer Mehrbelastung unterworfen werden und wie beurteilt sie die Auswirkung dieser Bestimmung auf die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe und Unternehmen? |

39. Abgeordnete
Frau
Karwatzki
(CDU/CSU) Ist bereits im Detail festgelegt, welche Regionen (Städte-Kreise) in welchem Maße vom „Programm zur Durchführung vordringlicher Maßnahmen zur Minderung der Beschäftigungsrisiken von Jugendlichen“ der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung gefördert werden?
40. Abgeordnete
Frau
Karwatzki
(CDU/CSU) Welche Förderungen sind für welche Regionen (Städte-Kreise), insbesondere aber für den Bereich der Stadt Duisburg vorgesehen?
41. Abgeordneter
Dr. Aigner
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß Zuschüsse aus Landesmitteln für zusätzliche Ausbildungsplätze voll versteuert werden müssen, so daß z. B. bei einem Ausbildungsaufwand im konkreten Fall von rund 40 000 DM für eine dreieinhalbjährige Lehre eines Maschinenschlossers von einem Landeszuschuß von 5 000 DM bei einer 58 %igen Steuerbelastung nur 2 100 DM übrig bleiben, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, falls dieser Tatbestand stimmt, um einer so widersprüchlichen Politik auf dem Berufsbildungssektor zu begegnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

42. Abgeordneter
Dr. Dübber
(SPD) Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten im Wege der Rahmengesetzgebung des Bundes Hochschulassistenten generell nicht mehr als Beamte auf Widerruf, sondern im Angestelltenverhältnis zu beschäftigen, um sie auf diese Weise in die Arbeitslosenversicherung einzubeziehen?
43. Abgeordneter
Schwabe
(SPD) Wie weit sind im Bundesgebiet durch übermäßige Trinkwasserentnahmen Erosionsschäden und ähnliche Folgen entstanden?
44. Abgeordneter
Schwabe
(SPD) Gibt es aus der Sicht der Bundesregierung Möglichkeiten, derartigen Schäden zu begegnen?
45. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Sportminister der UdSSR, Pawlow, auf die Frage der Tageszeitung „DIE WELT“, ob bei den Olympischen Spielen 1980 in Moskau Westberliner Sportler in der Mannschaft der Bundesrepublik Deutschland auftreten können, geantwortet hat: „Die Westberliner Sportler werden nicht abseits stehen“, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Antwort?
46. Abgeordneter
Dr. Waigel
(CDU/CSU) Welche Kosten sind dem Bundeshaushalt durch die vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärten Wahlkampfaufgaben entstanden?
47. Abgeordneter
Dr. Waigel
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß wegen der verfassungswidrigen Ausgaben Ersatzansprüche zugunsten des Bundeshaushalts gegen SPD und FDP sowie gegen den Bundeskanzler und gegen Bundesminister geltend gemacht werden müssen, und wenn ja, wann wird sie dies tun?

48. Abgeordneter
Dr. Schwencke
(Nienburg)
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung Chancen, insbesondere den Beamtinnen und weiblichen Angestellten in Behörden, die ihre Ganztätigkeit gern in Halbtagsstellen umwandeln möchten, dazu die Möglichkeit zu geben, und was hat sie bereits veranlaßt, um solche Begehren auch rechtlich abzusichern?
49. Abgeordneter
Dr. Schwencke
(Nienburg)
(SPD)
- Hat der Bundesregierung die Entschließungsdrucksache Nr. 3332 zur „Integration der Wanderarbeiter in die Gesellschaft der Aufnahmeländer“ der Beratenden Versammlung des Europarats vom 26. September 1973 zur Stellungnahme vorgelegen, und was hat sie zur Verwirklichung des insbesondere darin geforderten Kommunalwahlrechts für ständig hier lebende Gastarbeiter inzwischen unternommen?
50. Abgeordneter
Büchner
(Speyer)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die besonders nach den Olympischen Spielen 1976 in Montreal bekannt gewordene medikamentöse Beeinflussung des Hochleistungssports und die Tatsache, daß auch Sportler aus der Bundesrepublik Deutschland mit zweifelhaften „medizinischen Hilfen“ versorgt wurden?
51. Abgeordneter
Büchner
(Speyer)
(SPD)
- In welcher Weise sind konkrete Auswirkungen auf die Förderungsziele des Spitzensports durch die Bundesregierung aufgrund der Erklärung von Bundeskanzler Helmut Schmidt anläßlich des Empfangs der deutschen Olympiamannschaft vom 9. September 1976 im Zusammenhang mit der inhaltlichen Ausgestaltung des „humanen Leistungssports“ zu erwarten?
52. Abgeordneter
Dr. Nöbel
(SPD)
- Waren der Bundesregierung die bei einer Vielzahl von Spitzensportlern durchgeführten medikamentösen und andere auf Leistungssteigerung ausgerichteten Experimente und Maßnahmen vor und während der Olympischen Spiele 1976 bekannt?
53. Abgeordneter
Dr. Nöbel
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die bekanntgewordenen Versuche, beispielsweise bei den Spitzenschwimmern durch die Auffüllung der Därme mit Luft Leistungssteigerungen zu erreichen, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß insbesondere die zwischen dem Deutschen Schwimmverband und den Urhebern vereinbarte „Erfolgsprämie“, die angeblich zwischen 100 000 DM und 250 000 DM lag, weder direkt noch indirekt aus Sportförderungsmitteln gezahlt werden darf?
54. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Einnahme von Anabolika zu erheblichen Nebenwirkungen führt, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, die Verabreichung von Anabolika an Hochleistungssportler ohne entsprechende medizinische Indikation zu unterbinden?
55. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Vergabe von Mitteln zur Förderung des Hochleistungssports von der Bedingung abhängig zu machen, daß den Hochleistungssportlern keine rezeptpflichtigen Medikamente ohne entsprechende medizinische Indikation verabreicht werden?

56. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD)
- Sind Pressemeldungen zutreffend, wonach im Kernforschungszentrum Karlsruhe und in den Kernkraftwerken Obrigheim und Gundremmingen sich unter den Putzkolonnen, die täglich die sogenannten heißen Reaktorbereiche von radioaktivem Staub reinigen, auch Insassen eines „Übernachtungs- und Wohnheimes“ befinden, und welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung daraus gegebenenfalls zu ziehen?
57. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD)
- Sind nach den geologischen Erkenntnissen ähnliche Erdbeben mit ähnlichen Folgewirkungen für kern-technische Anlagen wie in Rumänien für die Bundesrepublik Deutschland ausschließbar, und, wenn nein, welche Konsequenzen wird die Bundesregierung gegebenenfalls für die Sicherheit solcher Anlagen ziehen?
58. Abgeordneter
Dr. Meinecke
(Hamburg)
(SPD)
- Kann die Bundesregierung sagen, wann die zwischen Bund und Ländern vereinbarten Richtlinien für die Ermittlung bzw. Aufklärung von Vermißtenschicksalen überarbeitet sind und wann sie dem zuständigen Arbeitskreis der Innenministerkonferenz zur Beschlußfassung vorgelegt werden?
59. Abgeordneter
Dr. Meinecke
(Hamburg)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, im Hinblick auf die mangelnden Erkenntnisse über Motivation und das Verhalten sogenannter „Abhängiger Minderjähriger“ Forschungsaufträge zu vergeben, da auch nach Auffassung des Direktors des Max-Planck-Institutes für ausländisches und internationales Strafrecht sich die Kriminologie bislang mit der fraglichen Erscheinung der Vermißtenschicksale nur sehr stiefmütterlich, ja fast gar nicht befaßt hat?
60. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die im Bundesdatenschutzgesetz vorgesehenen Befugnisse der Datenschutzaufsichtsbehörden und Datenschutzbeauftragten zur Strafverfolgung bei aufgedeckten Verstößen gegen das Bundesdatenschutzgesetz sowie ihre rechtlichen Eingriffs- und Sanktionsmöglichkeiten?
61. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Läßt nach Auffassung der Bundesregierung die Fassung der Katalogziffer 7 der Anlage zu § 6 des Bundesdatenschutzgesetzes eine dem unterschiedlichen Schutzbedarf personenbezogener Dateneingaben angemessene Relativierung der Maßnahmen zur Eingabekontrolle zu?
62. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU)
- Wie hoch waren die Kosten der in dem Urteil vom 2. März 1977 (2 BvE 1/76) unter V. 2. b) aufgeführten 3 685 072 Druckschriften, die an die Koalitionsparteien und ihre Untergliederungen verteilt wurden?
63. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung von den so begünstigten Koalitionsparteien die Erstattung dieses Betrages verlangen?

64. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Wie hoch ist die Summe der im Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 1977 angesprochenen geldwerten Leistungen an die Regierungsparteien SPD und FDP, und welche zusätzlichen Leistungen sind von der Bundesregierung für Parteizwecke in Form von Bereitstellung von Dienstwagen, Ausarbeitungen von Beamten und Dienstreisen von Beamten, zum Beispiel aus dem Bundesfinanzministerium, gemacht worden?
65. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um sicherzustellen, daß verfassungs- und damit rechtswidrig an die Regierungsparteien gemachte geldwerte Leistungen in die Bundeskasse zurückfließen?
66. Abgeordnete
Frau von Bothmer
(SPD) Ist die Einstufung der CISNU durch den Verfassungsschutz als „terroristische Organisation“ als zutreffend zu bezeichnen?
67. Abgeordnete
Frau von Bothmer
(SPD) Treffen Meldungen zu, wonach Einreiseersuchen persischer Studenten generell mit der Begründung abgewiesen wurden, daß die guten Wirtschaftsbeziehungen zum Iran gerade der letzten Zeit die Aufnahme von eventuellen iranischen Regimegegnern als nicht geraten erscheinen ließen, gleichgültig der Tatsache gegenüber, ob diese Personen etwa im Iran an Leib und Leben gefährdet sind?
68. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Welche Vorausschätzungen über die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland wurden angestellt, insbesondere wie sieht das Vorausschätzungsergebnis für das Jahr 2030 aus, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der sich abzeichnenden Entwicklung?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

69. Abgeordnete
Frau Dr. Martiny-Glotz
(SPD) Welchen zeitlichen Rahmen hat sich die Bundesregierung gesetzt, den Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Pflanzenschutzgesetzes vorzulegen, und hält sie die dort aufzunehmende Ermächtigung, Mindestanforderungen an Pflanzenschutzgeräte festzulegen, für eine ausreichende Maßnahme angesichts der Tatsache, daß erstens 1975 die Baywa nur 20 bis 23 % der Pflanzenschutzgeräte als einwandfrei funktionierend ermittelte und zweitens nach Mitteilung der Länder die Zahl der freiwillig überprüften Geräte rückläufig ist?
70. Abgeordneter
Dr. Meyer zu Bentrup
(CDU/CSU) Wie erklärt die Bundesregierung die in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 1. März 1977 (Seite 12) angeführten Zahlen aus dem Agrarbericht 1977 (Seite 284 ff.), wonach die „Steuerleistungen bäuerlicher Spitzenverdiener“ auch für Steuersachverständige unverständlich niedrig sind?
71. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Maßnahme der EG, den Export von 36 000 Tonnen Butter in die UdSSR durch die französische Firma Interagra mit mehr als 200 Millionen DM zu subventionieren?

72. Abgeordneter
Schröder
(Wilhelminen-
hof)
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, durch eine Gesetzesinitiative die Arbeitnehmer in der kleinen Hochsee- und Küstenfischerei wieder in die Förderungsmaßnahmen des Landarbeiterwohnungsbaues einzubeziehen, wie das vor dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ am 1. Januar 1973 möglich war?
73. Abgeordneter
Schröder
(Wilhelminen-
hof)
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang meine Auffassung, daß die genannten Förderungsmaßnahmen sich in der Vergangenheit positiv auf die Entwicklung der kleinen Hochsee- und Küstenfischerei ausgewirkt haben, und sieht sie nicht auch die Notwendigkeit, im Interesse der Seßhaftmachung qualifizierter junger Nachwuchskräfte in der Fischerei neue Förderungsmöglichkeiten des Wohnungsbaues für diesen relativ kleinen Personenkreis zu schaffen?
74. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, über die Gemeinschaftsaufgaben der EG Zuschüsse zur Verbesserung der Schulmilchspeisung bereitzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

75. Abgeordneter
Löffler
(SPD)
- Sind der Bundesregierung Zahlen bekannt, aus denen hervorgeht, daß dem deutschen Güterkraftgewerbe infolge der hohen Steuerbelastung für Lastwagen im Bundesgebiet Wettbewerbsnachteile gegenüber im Ausland ansässigen Unternehmen entstehen, und wenn ja, welche Konsequenzen gedenkt sie daraus zu ziehen?
76. Abgeordneter
Lattmann
(SPD)
- Besteht nach Auffassung der Bundesregierung durch den Bau von Bundesautobahnen in Weidegebieten, z. B. im Alpengrünland, eine erhöhte Gefahr für die Verkehrsteilnehmer und erwägt die Bundesregierung die Herstellung einer Rechtsgrundlage für Verkehrsschutzzonen, wie man sie in der Schweiz und in Frankreich kennt?
77. Abgeordneter
Würtz
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung in waldbrandgefährdeten Teilstücken von Bundesautobahnen die Möglichkeit zur Herrichtung von Wasserentnahmestellen bzw. Brunnen an der Autobahn?
78. Abgeordneter
Dr. Evers
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung gegenüber der Deutschen Bundesbahn zu ergreifen, um zu gewährleisten, daß im Zuge der Neukonzipierung des Streckennetzes der Deutschen Bundesbahn keine Nebenstrecken stillgelegt werden, die für die Industrieansiedlung lebenswichtig sind und durch deren Stilllegung vorhandene Arbeitsplätze gefährdet oder zusätzliche Arbeitsplätze nicht geschaffen werden können?

79. Abgeordneter
Dr. Evers
(CDU/CSU)
- Gibt es konkrete Überlegungen der Bundesregierung, durch die eine Abstimmung des Streckenstilllegungskonzepts der Bundesbahn mit den Maßnahmen der Bundesregierung zur Erhaltung oder Neuschaffung von Arbeitsplätzen gewährleistet wird, und durch welche interministeriellen Maßnahmen wird die Einhaltung dieses Konzepts sichergestellt?
80. Abgeordneter
Blank
(SPD)
- Wie beurteilt das Bundesverkehrsministerium das Verhalten der Gesellschaft für Nebenbetriebe der Bundesautobahnen mbH, die Beschwerde eines Bürgers über eine Autobahnraststätte an den betreffenden Pächter weiterzugeben und damit eine Klagedrohung des Pächters gegen den beschwerdeführenden Bürger auszulösen, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, eine solche Verfahrensweise für die Zukunft zu unterbinden?
81. Abgeordneter
Hoffie
(FDP)
- Welche Gründe sprechen nach Ansicht der Bundesregierung dafür, eine NATO-Straße mit Brückenkopf am Rhein quer durch das Naturschutzgebiet Kühkopf-Knoblauchsau (Hessen) zu bauen, da sowohl einige Kilometer nördlich (in Gernsheim und Bibesheim) als auch wenige Kilometer südlich bereits NATO-Straßen existieren, und steht eine solche Trassierung nicht in Widerspruch zu den vielen in diesem Gebiet unternommenen bzw. eingeleiteten ökotechnischen Maßnahmen für die gesamte Rheinebene, insbesondere zur Gesundung des hessischen Oberrheingebiets?
82. Abgeordneter
Hoffie
(FDP)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die ersten Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen, daß nämlich dem Streusalz beigemischte Kalziumchlorid nachteilige Wirkungen auf die Bremsleistung von Scheibenbremsen hat, und welche Möglichkeiten sieht sie, diesem negativen Effekt zu begegnen?
83. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung auf Grund der Häufung von Beinahezusammenstößen von Flugzeugen in der Luft in der letzten Zeit Maßnahmen ergriffen, um Zusammenstöße zu verhindern und gefährlich nahe Begegnungen in Zukunft zu vermeiden und gegebenenfalls welche?
84. Abgeordneter
Straßmeir
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen auch weiterhin in Berlin unabhängig davon, daß dort keine neuen Nahverkehrsbereiche geschaffen werden, den Zeittakt einzuführen, und wenn ja, ab wann?
85. Abgeordneter
Straßmeir
(CDU/CSU)
- Hat der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen über die Versuche in den sechs Nahverkehrsbereichen hinaus Vorkehrungen dafür getroffen, um nach Abschluß der Versuche gleich in weiteren Teilen des Bundesgebietes Nahverkehrsbereiche mit Zeittakt einzurichten, und wenn ja, welche Gebiete sind dafür vorgesehen?

86. Abgeordneter
Francke
(Hamburg)
(CDU/CSU)
- Welche Gründe liegen vor, die dazu geführt haben, daß die Vereinbarung nach dem Protokoll über die Verhandlungen vom 30. September 1971 mit einer Delegation des Ministeriums für das Post- und Fernmeldewesen der Deutschen Demokratischen Republik, Ziffer 3.6, nach dem bis zum 31. Dezember 1974 schrittweise der vollautomatische Fernsprechverkehr eingerichtet werden sollte, bis heute nicht von der DDR erfüllt wurde, und welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, die Einhaltung dieser Vereinbarungen zu erreichen?
87. Abgeordneter
Francke
(Hamburg)
(CDU/CSU)
- Wann ist damit zu rechnen, daß der vollautomatische Fernsprechverkehr mit der „DDR“ eingerichtet wird?
88. Abgeordneter
Curdtt
(SPD)
- In welchem Umfang ist die Deutsche Bundespost in die Überlegungen zur Kraftfahrzeug-Steuerreform einbezogen?
89. Abgeordneter
Curdtt
(SPD)
- Hat die Deutsche Bundespost bereits Überlegungen angestellt, wie sie gegebenenfalls diese Aufgaben organisatorisch und personell lösen könnte?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

90. Abgeordneter
Wohlrabe
(CDU/CSU)
- Um welche Anzahl, im Verhältnis zum vergleichbaren Zeitraum in den Vorjahren, haben sich seit der Einführung der Straßenbenutzungsgebühr in Berlin (Ost) die mit dem Pkw einreisenden Besucher aus Berlin (West) vermindert?
91. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung bereits ein förmliches Verlangen an die Regierung der DDR gerichtet, die Einführung einer Straßenbenutzungsgebühr für Deutsche aus der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) und für Ausländer in Berlin (Ost) unverzüglich zurückzunehmen, und wann wird sie das verneinendenfalls tun?
92. Abgeordneter
Lagershausen
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, daß die SED-Machthaber zu ihren jüngsten Schikanen durch Einführung einer Straßenbenutzungsgebühr in Berlin (Ost) auch durch die Reaktion der Bundesregierung auf frühere Rechtsverstöße der DDR-Regierung ermutigt worden sind?
93. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU)
- Sind die Geschosse der Selbstschutzanlagen an den „DDR“-Sperrzäunen an der innerdeutschen Grenze mit Dum-Dum-Geschossen vergleichbar und daher im Widerspruch zu elementaren Regeln des Völkerrechts?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

94. Abgeordneter
Müller
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Wie viele Prämien- bzw. Bausparer haben im Jahr 1976 bzw. werden voraussichtlich 1977 auf ihre Vergünstigungen verzichten müssen, weil sie die gesetzlich festgelegten Einkommensgrenzen infolge von vorgenommenen oder zu erwartender Lohn-erhöhungen überschritten haben, und welche Folgerungen wird die Bundesregierung daraus ziehen?
95. Abgeordneter
Müller
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Können die betroffenen Arbeitnehmer – insbesondere die langfristig disponierenden Bausparer – damit rechnen, daß die Einkommensgrenze in absehbarer Zeit erhöht oder die Vorschriften wenigstens insoweit geändert werden, daß die jeweilige Prämie für laufende Verträge ohne Rücksicht auf die Einkommensgrenze gewährt wird?
96. Abgeordneter
Braun
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, bei einer Neuprägung des 50-Pfennig-Stücks den bis zum Jahre 1972 vorhandenen geriffelten Rand wieder herzustellen, damit für Blinde eine bessere Unterscheidung zwischen 5-, 10- und 50-Pfennig-Stücken möglich ist?
97. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU)
- In welcher Weise ist sichergestellt, daß Bauherren, die durch die Konjunkturverordnung vom März 1973 gehindert wurden, die Vergünstigungen des § 7 b des Einkommensteuergesetzes für sich in Anspruch zu nehmen, diese Möglichkeit bei der Erweiterung des § 7 b wieder eingeräumt wird?
98. Abgeordneter
Engholm
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Besteuerung gewerkschaftlicher Streikunterstützung einen Eingriff in die Koalitionsfreiheit nach Artikel 9 GG darstellt, und beabsichtigt die Bundesregierung gegebenenfalls eine Klarstellung durch Novellierung des Einkommensteuergesetzes?
99. Abgeordneter
Grobecker
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Finanzämter gewerkschaftliche Streikunterstützung für steuerpflichtig erklärten, und beabsichtigt die Bundesregierung aufgrund der bisher gemachten Erfahrungen eine Gesetzesänderung vorzunehmen?
100. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung für den Fall, daß die Einführung einer Straßenbenutzungsgebühr in Berlin (Ost) nicht rückgängig gemacht wird, dem Bundestag einen Gesetzentwurf vorlegen, der die Besteuerung von Kraftfahrzeugen aus der DDR in der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht?
101. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die im Entwurf des Bundesministers der Finanzen vorgesehene Neuregelung der umsatzsteuerlichen Behandlung von Sachzuwendungen insbesondere bei seit langem bestehenden unternehmensseitig organisierten Sammelfahrten den jeweiligen Betrieben erhebliche gewinnschmälernde Kosten entstehen?

102. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß diese Absicht besonders Unternehmen in dünn besiedelten ländlichen Räumen trifft, die nur über größere Entfernungen eine ausreichende Anzahl von Arbeitskräften beschaffen können?
103. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Welche Hindernisse stehen einer zügigeren Auszahlung der Rentenerhöhungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz durch eine automatische Anpassung dieser Renten entsprechend den Besoldungserhöhungen nach dem Bundesbesoldungserhöhungsgesetz anstelle des bisherigen Verfahrens, bei dem diese Renten nach einer gesondert zu erlassenden Rechtsverordnung in zeitraubender und personalaufwendiger Arbeit einzeln umgestellt werden müssen, entgegen?
104. Abgeordneter
Hartmann
(CDU/CSU) Auf welche Tatsachen stützt sich die Aussage des Bundeskanzlers, daß der Bürger beim Abbuchungsverfahren gar nicht mehr entscheiden kann, ob er eine solche Abbuchung bezahlen will oder nicht, und welche konkreten Maßnahmen will die Bundesregierung in diesem Zusammenhang ergreifen?
105. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, nach dem nunmehr die Sonderabschreibung des § 7 b EStG auch für den Erwerb von Altbauten und Übertragbarkeit eingeführt werden soll, im Zuge der steuerlichen Gleichbehandlung und Gerechtigkeit denen nachträglich die Möglichkeit der Abschreibung nach § 7 b zuzubilligen, die sie infolge der Aussetzung durch die Dritte Verordnung über steuerliche Konjunkturmaßnahmen nicht erhielten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

106. Abgeordneter
Hansen
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, etwa analog der Neufassung der Verordnung über die Pflichten der Makler, Vorschriften für die Arbeitsweise von Detekteien zu erlassen, um den Schutz der Persönlichkeit vor willkürlichen Überprüfungsmethoden sicherzustellen?
107. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Meinung von Bundesforschungsminister Hans Matthöfer: „Die Frage, ob wir Kernenergie brauchen, ob wir bereit sind, die damit verbundenen Risiken zu tragen, läßt sich nur beantworten, wenn man weiß, welches Wachstum ohne Kernenergie möglich ist und wie dann die Energieversorgungsstruktur aussieht“, (SPD-Pressedienst vom 16. Dezember 1976), im Zusammenhang mit der von der Bundesregierung für möglich gehaltenen Entwicklung des Elektrizitätsbedarfs in der Bundesrepublik Deutschland bis 1990, und welches sind die entscheidenden Annahmen, die dieser Bedarfsprognose der Bundesrepublik zugrunde liegen?

108. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Meinung von Bundesforschungsminister Hans Matthöfer: „Weder rotes Licht für den Bau und die Entwicklung von Kernkraftwerken noch ein bedingungsloses Ja, sondern alle Anstrengungen für rationellere und sparsamere Energieausnutzung“, (Bulletin vom 6. Februar 1976), im Zusammenhang mit den Möglichkeiten der Energieersparnis, insbesondere der Elektrizitätsersparnis, und in welchem Umfange hat die Bundesregierung diese Einsparungsmöglichkeiten bei der Prognose des Energie- bzw. Elektrizitätsverbrauchs berücksichtigt, und ist im einzelnen eine Rückkopplung mit politischen Maßnahmen zur Verstärkung der Energieersparnis vorhanden?
109. Abgeordneter
Benz
(CDU/CSU)
- Was sind die Gründe dafür, daß in einem Beitrag des Bundesforschungsministers zum Thema Kernenergie (SPD-Pressedienst vom 16. Dezember 1976) mit dem Thema „Wie wollen wir in Zukunft leben?“ keine einzige sachliche Aussage, sondern nur Fragen angeführt werden, und gedenkt die Bundesregierung im Hinblick auf diese Fragen des Bundesforschungsministers zu klären, welchen Einfluß insbesondere die Annahme über die Wachstumsrate des Sozialprodukts auf die Schätzung des Elektrizitätsbedarfs hat, und gibt es eine eindeutige Beziehung zwischen Wachstumsraten des Sozialprodukts und der Elektrizitätswachstumsrate?
110. Abgeordneter
Benz
(CDU/CSU)
- Wie entwickelt sich nach Ansicht der Bundesregierung im Hinblick auf die Fragen von Bundesforschungsminister Matthöfer in dem Beitrag „Wie wollen wir in Zukunft leben?“ (SPD-Pressedienst vom 16. Dezember 1976) der Elektrizitätsbedarf in den Jahren bis 1990 bei den von der Bundesregierung bisher angenommenen Zuwachsraten für die Wachstumsrate des Sozialprodukts die auch bei den Rechnungen im Bereich der Rentenversicherung zugrunde gelegt wird und gegebenenfalls um bis zu 50 Prozent nach oben und unten unterschritten werden kann?
111. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Meinung von Bundesforschungsministers Matthöfer (Bulletin vom 12. April 1975): „Die Bundesregierung hat sich daher das Ziel gesetzt, die Kernenergieerzeugung von vier Millionen Tonnen SKE im Jahre 1973 auf 40 Millionen Tonnen SKE im Jahre 1980 zu verzehnfachen. Für das Jahr 1985 ist eine weitere Verdoppelung auf 81 Millionen Tonnen SKE angestrebt“, im Zusammenhang mit ihren Prognosen über die Kernkraftwerkskapazität in NW
- | | |
|---|--------|
| — 1973 Energieprogramm | 45 000 |
| — 1974 Fortschreibung des Energieprogramms | 40 000 |
| — 30. November 1976 Bundesminister Friderichs | 38 000 |
| — 4. Februar 1977 im Bundestag | 20 600 |
- und welche Verlässlichkeit mißt sie derartigen Aussagen zu?

112. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Meinung von Bundesforschungsminister Matthöfer: „Das Energieprogramm der Bundesregierung, das den Zeitraum bis 1985 erfaßt, baut im Bereich der Kernenergie nahezu ausschließlich auf den Leichtwasserreaktor“ (Bulletin vom 15. März 1975, S. 367), und welche Vorstellungen hat die Bundesregierung über die Deckung des voraussichtlichen Elektrizitätsbedarfs der Bundesrepublik Deutschland durch eine entsprechende Kraftwerkskapazität, und wie hoch sollte diese im einzelnen sein?
113. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Meinung von Staatssekretär Dr. Hauff: „Insbesondere ist bislang unter den vorgeschlagenen neuen Energiequellen keine echte Alternative zur Kernenergie zu sehen“ (Bulletin vom 26. Februar 1974, S. 263), im Zusammenhang mit ihrem Energieprogramm, und wie gedenkt die Bundesregierung den Elektrizitätsbedarf der Bundesrepublik Deutschland sicherzustellen, wenn sie durch ihre Maßnahmen mit dazu beiträgt, daß nur noch die im Bau befindliche Kernkraftwerkskapazität fertiggestellt wird, so daß 18 000 anstelle der zuletzt noch angenommenen 38 000 MW errichtet werden, und wie gedenkt sie diese Versorgungslücke bei Kraftwerken zu schließen?
114. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Ansicht von Bundesforschungsminister Matthöfer: „An der steigenden Nutzung der Kernenergie kommen wir nicht vorbei“ (Flensburger Tageblatt vom 22. November 1976), und in welchem Umfange kann durch den Bau von Kohlekraftwerken die voraussichtliche Kraftwerkslücke in den achtziger Jahren geschlossen werden, welche Anforderungen ergeben sich hieraus auf die Genehmigung von Kohlekraftwerken?
115. Abgeordneter
Dreyer
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, Ausnahmeregelungen im Rahmen des Interzonenhandelsabkommens für die Seeschifffahrt dann zu treffen, wenn dadurch zusätzliche Arbeitsplätze für deutsche Seeleute auf deutschen Schiffen geschaffen werden?
116. Abgeordnete
Frau Dr. Walz
(CDU/CSU)
- Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung insbesondere über den Beitrag von Kohlekraftwerken zur Elektrizitätsversorgung bis 1990, und welche Kraftwerkskapazität ist hierzu im einzelnen in den einzelnen Jahren erforderlich, und wie beurteilt sie in diesem Zusammenhang die Meinung des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Hauff (Bulletin vom 28. Februar 1974, S. 265): „Mit Kohle oder Öl beheizte Kraftwerke stoßen in beträchtlichem Umfange Schadstoffe aus . . . , bei Berücksichtigung der Häufung von Kraftwerken sowie der Existenz anderer Schadstoffemittenten die zulässigen Grenzwerte in Ballungsgebieten bereits erheblich überschritten werden“?

117. Abgeordnete
Frau
Dr. Walz
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Meinung von Staatssekretär Dr. Hauff (Bulletin vom 28. Februar 1974, S. 262): „Wir brauchen Energie in ausreichender Menge, mit möglichst großer Versorgungssicherheit, so umweltfreundlich wie möglich und so preisgünstig wie möglich“ im Zusammenhang mit dem Bau von Kohlekraftwerken in der Bundesrepublik Deutschland, und was will sie unternehmen, um deren Einsatz zu sichern?
118. Abgeordneter
Dr. Schacht-
schabel
(SPD) Trifft es zu, daß zwar Waffen, die in der Bundesrepublik Deutschland hergestellt werden, nicht nach Süd-Afrika exportiert werden, aber die Bundesrepublik Deutschland gemäß verschiedenen Pressemeldungen doch als Umschlagsplatz des Transports von Waffen, die in anderen Ländern hergestellt worden sind, nach Süd-Afrika benutzt wird?
119. Abgeordneter
Haberl
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, der Forderung nach einem Bundesenergieministerium Rechnung zu tragen, und welche Haltung nimmt die Bundesregierung zu dieser Frage ein?
120. Abgeordneter
Haberl
(CDU/CSU) Erwägt die Bundesregierung im Rahmen eines Energie-Ersparnis-Planes eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Bundesautobahnen, und liegen dem Bundeswirtschaftsministerium Zahlen vor, die eine Einsparung von Vergaserkraftstoffen für notwendig erscheinen lassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

121. Abgeordneter
Dr. Weber
(Köln)
(SPD) Liegen der Bundesregierung gesicherte Erkenntnisse darüber vor, daß mit dem Inkrafttreten des neuen Ehescheidungsrechtes auch die einzelnen Versicherungsanstalten die für die Berechnung des Versorgungsausgleiches erforderlichen Auskünfte erteilen können, und welche Zeit werden die Versorgungsämter benötigen, diese Auskünfte den Gerichten zu übermitteln, oder werden die Versicherungsanstalten zur Vorbereitung eines Ehescheidungsverfahrens auf Anfrage auch bereits den Parteien oder ihren Prozeßbevollmächtigten Auskünfte erteilen?
122. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß als Folge des von der Bundesregierung erarbeiteten Entwurfs eines Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetzes die rund 1200 konfessionellen und freigemeinnützigen Krankenhäuser in der Bundesrepublik Deutschland, die etwa 37 Prozent des Bettenbedarfs der Bevölkerung decken, in ihrer rechtlichen und wirtschaftlichen Situation zusätzlich geschwächt werden und die geplante Eigenbeteiligung zu einer Betriebseinstellung dieser Krankenhäuser führen wird und, ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, den Entwurf entsprechend zu ändern?
123. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung geprüft, ob die Auferlegung einer Selbstkostentragungspflicht einen Verstoß gegen Artikel 14 Grundgesetz und gegen die verfassungsrechtlichen Garantien kirchlichen Eigentums bedeutet und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls hieraus?

124. Abgeordneter
Hansen
(SPD) Hält die Bundesregierung die Regelungen des § 99 des Betriebsverfassungsgesetzes für ausreichend, um Arbeitnehmer vor einer vom Arbeitgeber veranlaßten Überprüfung auch ihrer politischen Aktivitäten und Ansichten durch private Detekteien zu schützen und die Offenlegung aller bereits eingeholten Auskünfte zu gewährleisten, und wenn nein, welche Konsequenzen wird sie ziehen?
125. Abgeordneter
Dr. Becher
(Pullach)
(CDU/CSU) Welche Folgerungen zieht oder hat die Bundesregierung aus der Überprüfung der Angaben gezogen, die der ehemalige Korrespondent des CETEKA, Svetozar Simko, über die Spionage- und Sabotagetätigkeit von 17 Angehörigen der tschechoslowakischen Botschaft in Bonn machte?
126. Abgeordneter
Dreyer
(CDU/CSU) Welche gesetzgeberischen Konsequenzen wird die Bundesregierung aufgrund des Vorgehens der Gewerkschaft ÖTV, die im Falle zweier Schiffe einer Hamburger Reederei das Grundrecht der Koalitionsfreiheit deutscher Seeleute gemeinsam mit ihrer Internationalen Organisation ITF beschränkt hat, ziehen?
127. Abgeordneter
Dr. Penner
(SPD) Welche Bedingungen müssen nach Ansicht der Bundesregierung Sportorganisationen wie z. B. auch Stadtsportbünde oder einzelne Sportvereine erfüllen, damit sie in ihren Bereichen — und zwar dort, wo Sport als Beitrag zur Lebenshilfe von besonderer Bedeutung ist — Zivildienstleistende beschäftigen können?
128. Abgeordnete
Frau Schleicher
(CDU/CSU) Wann wird die Bundesregierung den nächsten Bericht über die Ausführung des in Artikel 119 des Vertrages über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft niedergelegten Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen gemäß Beschluß des Bundestages vom 8. Dezember 1966 vorlegen?
129. Abgeordneter
Kraus
(CDU/CSU) Was ist dem Bundeskanzler im einzelnen an den Bescheiden der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte unverständlich (s. Interview in der Süddeutschen Zeitung vom 26. Februar 1977), und was schlägt er zur Abhilfe jeweils vor?
130. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU) Inwieweit hat die Bundesregierung bei ihren Terminplanungen für den Erlaß der drei Wahlordnungen zum Mitbestimmungsgesetz bedacht, daß auch bereits jetzt in zahlreichen Fällen Aufsichtsratswahlen aufgrund des Mitbestimmungsgesetzes notwendig werden, und wie läßt sich nach Ansicht der Bundesregierung auch ohne wirksame Wahlordnungen dennoch eine reibungslose und vor allem rechtsgültige Aufsichtsratswahl durchführen?
131. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung insbesondere anstelle der fehlenden Wahlordnungen den Abschluß von Betriebsvereinbarungen über das Wahlverfahren, die Durchführung der Wahl und die Zuordnung der Arbeitnehmer zu den einzelnen Gruppen für zulässig, wie es in der Praxis bereits häufig geschieht,

und wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Frage der Fortdauer der Amtszeit solcher Aufsichtsräte über den Zeitpunkt des Erlasses der Wahlordnungen hinaus, die aufgrund einer Betriebsvereinbarung gewählt worden sind, die möglicherweise im Widerspruch zu den noch ausstehenden Wahlordnungen steht?

132. Abgeordneter
Dr. Dübber
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß die Angabe „Berlin, Hauptstadt der DDR“ als Reiseziel auf dem Antrag auf die Einreise in die DDR durch einen Beschäftigten des Bundes als illoyal gegenüber seinem Dienstherrn anzusehen ist, und hält die Bundesregierung die im konkreten Fall durch die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte erfolgte dienstliche Belehrung für angemessen?
133. Abgeordneter
Röhner
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung für richtig, daß die vom Bundesamt für den Zivildienst herausgegebene Zeitschrift „der zivildienst“ in ihrer Nr. 1/1977 unter der Überschrift „Jeder Zivildienst ist immer noch besser als die Bundeswehr“ einen Artikel veröffentlicht, der den Zivildienst „als kleineres von zwei Übeln“ und damit auch den Wehrdienst als Übel darstellt und der davon spricht, daß der Zivildienst, soweit seine Durchführung nicht auf nichtstaatliche Träger übertragen wird, „zu einem staatlichen Zwangsdienst ausarten“ muß, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu ergreifen, um zu vermeiden, daß auf Kosten des Steuerzahlers Propaganda dieser Art verbreitet wird?
134. Abgeordneter
Schedl
(CDU/CSU)
- Wie lautete nach Auffassung der Bundesregierung und insbesondere des Bundeskanzlers zu welchem Zeitpunkt aufgrund welcher Erwägungen die Definition des Begriffes Vollbeschäftigung?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

135. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU)
- Bei wie vielen Kreiswehrrersatzämtern sind 1977 wie viele Wehrpflichtige des Tauglichkeitsgrades 3 bereits zum Grundwehrdienst einberufen worden, und für wie viele Wehrpflichtige dieses Tauglichkeitsgrades ist für 1977 bereits eine evtl. Einberufung angekündigt worden?
136. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung für vertretbar, daß Wehrpflichtige des Tauglichkeitsgrades 3 im Juli 1976 durch die Kreiswehrrersatzämter die Mitteilung erhielten, daß sie in absehbarer Zeit nicht einberufen würden und daß dies bei persönlichen und beruflichen Planungen berücksichtigt werden könne, um sechs Monate später doch einen Bescheid über die vorgesehene Einberufung zu erlassen?
137. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Wieweit ist die Einsatzbereitschaft der Bundesmarine von der Bereitstellung privatwirtschaftlicher Kapazitäten für Materialerhaltung und -instandsetzung abhängig, und welche Konsequenzen ergeben sich für Planvorgabe, Auftragsvergabe und Arbeitsverteilung zwischen Bundesmarine und privaten Unternehmen?

138. Abgeordneter
Jungmann
(SPD) Ist der Bericht der „Frankfurter Rundschau“ vom 12. Februar 1977 zutreffend, demzufolge statt der im Haushaltsjahr 1976 vorgesehenen 330 Millionen DM zur Materialerhaltung und -insstandsetzung bei der Bundesmarine jetzt 600 Millionen DM fällig geworden sind, und wenn ja, welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus dieser Fehlplanung ziehen?
139. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD) Welche Vorschläge wird die Bundesregierung zur Deckung der sogenannten Reparaturlücke in Höhe von 270 Millionen DM machen, um die für die Einsatzbereitschaft der Bundesmarine erforderlichen Reparaturen in diesem Haushaltsjahr vornehmen zu können?
140. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Trifft es zu, daß, wie in dem in der Interavia/Eildienst vom 1. März 1977 zum Thema AWACS erschienenen Artikel dargestellt, den Regierungen verbündeter Staaten der Einblick in die vom amerikanischen Kongreß angeforderte Parker-Studie verweigert wurde, und befürchtet die Bundesregierung, daß ihr wichtige Informationen vorenthalten werden könnten?
141. Abgeordneter
Blank
(SPD) Treffen Pressemeldungen zu, wonach die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika entgegen dem Wunsch der Regierung der Bundesrepublik Deutschland Vergleichsergebnisse der luftgestützten Radar- und Führungssysteme (AWACS) der Firma Boeing und der Firma Grummon zurückhält und damit eine sachgerechte Bewertung dieses Waffensystems durch das Bundesministerium der Verteidigung erschwert?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

142. Abgeordneter
Nordlohne
(CDU/CSU) Bedeutet die Einlassung des Bundeskanzlers vor dem Landgericht Traunstein, er sei, als er einer gegen ihn gerichteten einstweiligen Verfügung zuwiderhandelte, „einem nicht zu übersehenden Streß ausgesetzt“ (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 9. März 1977) gewesen, daß die Fähigkeit des Bundeskanzlers, Recht und Unrecht zu unterscheiden, in Streßsituationen stark abnimmt, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, einem solchen gefährlichen Effekt durch geeignete Maßnahmen entgegenzuwirken?
143. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Welches waren die Gründe dafür, daß am 4. März 1977 der russische Bürgerrechtler Andrej Almarik weder vom Bundeskanzler selbst noch vom Staatsminister Wischnewski in seinem Amtssitz, dem Bundeskanzleramt, empfangen worden ist, sondern nur im Politischen Club der Friedrich-Ebert-Stiftung e. V. in Bonn die Gelegenheit zu einem Gespräch mit Herrn Wischnewski erhalten hat, und in welcher Eigenschaft hat Herr Wischnewski das Gespräch geführt?

144. Abgeordneter
Graf Stauffenberg
(CDU/CSU) Wie wertet die Bundesregierung die sowjetische Belobigung des Bundeskanzlers für dessen Weigerung, den russischen Bürgerrechtler Amalrik zu einem Gespräch zu empfangen, und warum fand das Gespräch, das Staatsminister Wischnewski mit Amalrik führte, nicht im Bundeskanzleramt sondern in einem Gebäude der SPD statt?
145. Abgeordneter
Franke
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung die vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung herausgegebenen Informationen der Bundesregierung für Arbeitnehmer „aus Bonn“ nach Inhalt und Aufmachung mit der neuesten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes bezüglich der Grenzen der Selbstdarstellung der Bundesregierung für vereinbar?
146. Abgeordneter
Franke
(CDU/CSU) Ist es mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes vereinbar, daß die Informationen der Bundesregierung für Arbeitnehmer „aus Bonn“ gezielt an Betriebsräte und über gewerkschaftliche Vertrauensleute in Betrieben verteilt werden?
147. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) Warum enthält die vom Presse- und Informationsamt herausgegebene „Dokumentation zur Entspannungspolitik der Bundesregierung“ nicht unter der Rubrik „Verträge, Abkommen und Vereinbarungen“ die Resolution des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 1972, statt sie lediglich im Anhang zu verzeichnen, und warum fehlen die zu den Verträgen ergangenen Urteile des Bundesverfassungsgerichts, ohne die die Verträge — insbesondere dem normalen Bürger — gar nicht verständlich sind?
148. Abgeordneter
Gerlach
(Obernau)
(CDU/CSU) Treffen die Feststellungen des Bundesverfassungsgerichts im Urteil vom 2. März 1977 (2 BvE 1/76) über die unter V. 1. genannten Kosten von 10 Millionen DM für die als verfassungswidrig festgestellte Anzeigenserie zu?
149. Abgeordneter
Gerlach
(Obernau)
(CDU/CSU) Wie hoch waren die Personalkosten für die im Urteil vom 2. März 1977 (2 BvE 1/76) unter V. 1. aufgeführte Anzeigenserie, und wie viele Bedienstete des Bundes sind wie lange mit dieser Anzeigenserie befaßt gewesen?
150. Abgeordneter
Rawe
(CDU/CSU) Wieviel Kosten sind dem Bund durch die Herstellung und den Vertrieb durch die unter V. 2. a) bb) der Gründe des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 1977 (2 BvE 1/76) aufgeführten Publikationen „Arbeitsbericht '76“ des Bundespresseamts und „Unsere soziale Sicherung“ des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung entstanden?
151. Abgeordneter
Rawe
(CDU/CSU) Wieviel Personal- und Verwaltungskosten sind für diese Publikationen entstanden?
152. Abgeordneter
Rühe
(CDU/CSU) Wie hoch waren die Herstellungs- und Vertriebskosten der im Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 1977 (2 BvE 1/76) unter V. 2. a) aa) genannten Faltblätter?

153. Abgeordneter
Nordlohne
(CDU/CSU) Wie hoch waren die Personalkosten für die im Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 1977 (2 BvE 1/76) genannten Faltblätter, und wie viele Bedienstete des Bundes sind wie lange mit diesen Faltblättern befaßt gewesen?
154. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Über welche Agenturen wurden die in dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 1977 (2 BvE 1/76) als verfassungswidrig festgestellten Publikationen der Bundesregierung vertrieben?
155. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) In welchem Umfang sind die im Bundeshaushalt 1977 für Öffentlichkeitsarbeit vorgesehenen Beträge durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 1977 (2 BvE 1/76) ungerechtfertigt geworden, und wird die Bundesregierung im Zuge der Haushaltsberatungen die entsprechenden Kürzungen beantragen?
156. Abgeordnete
**Frau
Tübler**
(CDU/CSU) Wie hoch war die Auflage und die Leserschaft des unter V. 2. a) aa) der Gründe des Urteils vom 2. März 1977 (2 BvE 1/76) genannten Faltblattes des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung („Leistung verdient Vertrauen. Eine Bilanz nach sieben Jahren sozialliberaler Regierung“)?
157. Abgeordnete
**Frau
Tübler**
(CDU/CSU) Wie hoch war die Auflage und die Leserschaft der unter V. 2. a) bb) der Gründe des Urteils vom 2. März 1977 (2 BvE 1/76) aufgeführten Publikationen „Arbeitsbericht '76“ des Bundespresseamtes und „Unsere soziale Sicherung“ des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung?
158. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU) Wie hoch war die Gesamtauflage und die Leserschaft der Tageszeitungen und Zeitschriften, in denen die Bundesregierung die unter V. 1. der Gründe des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 1977 (2 BvE 1/76) als verfassungswidrig festgestellten Anzeigen veröffentlichen ließ?
159. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU) Wie hoch war die Leserschaft der Tageszeitungen, denen in 7,5 Millionen Exemplaren das unter V. 2. a) aa) der Gründe des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 1977 (2 BvE 1/76) genannte Faltblatt beigelegt wurde?
160. Abgeordneter
**Dr. Riedl
(München)**
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung entsprechend der Aufforderung des Bundesverfassungsgerichts monatlich „entsprechende Übersichten ihrer regierungsamtlichen Öffentlichkeitsarbeit“ dem Bundestag und damit „der Allgemeinheit zugänglich“ machen? (Urteil vom 2. März 1977, AZ.: 2 BvE 1/76 unter IV/4).

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

161. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, dafür einzutreten, daß auch deutsche Staatsangehörige, die ihren Wohnsitz im Ausland haben und dort auch ihrem Beruf nachgehen — abgesehen von Angehörigen des diplomatischen Dienstes und der Bundeswehr —, bei der Wahl zum Europäischen Parlament im Jahr 1978 von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen können und dies auch im Wahlrecht zu verwirklichen?

162. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des DDR Staatsratsvorsitzenden Honecker, daß das Viermächteabkommen ausschließlich West-Berlin betreffende Angelegenheiten regelt, und wenn nein, in welcher Weise gedenkt die Bundesregierung, ihre Interpretation des Viermächteabkommens gegenüber der DDR Regierung erneut zum Ausdruck zu bringen?
163. Abgeordneter
Lattmann
(SPD)
- Trifft es zu, daß der Botschafter der Bundesrepublik in Ottawa gegen die Aufführung des Films „Es herrscht Ruhe im Land“ im dortigen Goethe-Institut sein Veto eingelegt hat, obwohl es sich um einen Film handelt, der in Absprache mit dem Auswärtigen Amt von der Zentralverwaltung des Goethe-Instituts als Teil eines Filmpakets ausgewählt und den Auslandsstellen angeboten worden ist und wie beurteilt die Bundesregierung im bejahenden Fall diesen Gebrauch des Vetorechts angesichts der Tatsache, daß der Film „Es herrscht Ruhe im Land“ künstlerisch besonders interessant ist und deswegen auch mit dem Bundesfilmpreis „Goldene Schale 1976“ ausgezeichnet wurde und überdies entscheiden gegen diktatorische Herrschaftssysteme, für eine freiheitlich-demokratische Ordnung und die Bewahrung der Menschenrechte eintritt?
164. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU)
- Welche Auffassung vertritt die Bundesregierung gegenüber der Forderung der Sowjetunion, der Verkehrsweg von Rotterdam bis zum Schwarzen Meer müsse für alle Länder „entsprechend den allgemein anerkannten Prinzipien der Freiheit der internationalen Schifffahrt zugänglich sein“, wie sie in einer Publikation der Botschaft der UdSSR in der Bundesrepublik erhoben wurde?
165. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Welches Ergebnis haben die Besprechungen der Bundesregierung mit dem italienischen Verkehrsminister Dario Antoniozzi in Bonn bezüglich der Hebung der Ladung des Giftschiffes Cavtat in der südlichen Adria gehabt, dessen Ladung eine Gefahr für deutsche Touristen darstellt?
166. Abgeordneter
Dr. Müller
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung die Gründe für die Tatsache bekannt, daß der Verteidigungsausschuß der WEU nicht nur seinen Aufenthalt in den Vereinigten Staaten verkürzt, sondern auch den Besuch der Basis der Luftwaffe in Arizona vom Programm gestrichen hat, und welche Folgerungen zieht sie daraus?
167. Abgeordneter
Dr. Müller
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die weitere Arbeit in der WEU, nachdem in wichtigen Ausschüssen der WEU neuerdings Mitglieder marxistisch-leninistischer Parteien vertreten sind?
168. Abgeordneter
Dr. Marx
(CDU/CSU)
- Ist das Verhalten der DDR-Regierung, in Berlin (Ost) eine Straßenbenutzungsgebühr für Kraftfahrzeuge einzuführen, nach Auffassung der Bundesregierung ein klarer Verstoß gegen das Viermächteabkommen über Berlin, das einseitige Änderungen im Gebiet von Berlin untersagt, und teilen auch die drei freien Schutzmächte Berlins diese Auffassung?

169. Abgeordneter
Dr. Marx
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung die drei westlichen Schutz-
mächte Berlins aufgefordert, gegen die Verletzung
des Viermächteabkommens durch die DDR vorzu-
gehen und bejahendenfalls mit welchem Ergebnis?
170. Abgeordneter
Wohlrabe
(CDU/CSU) Teilen auch die drei westlichen Schutzmächte die
Auffassung, daß die DDR-Regierung mit der Ein-
führung einer Straßenbenutzungsgebühr in Berlin
(Ost) eindeutig gegen das Viermächteabkommen
über Berlin verstoßen hat, und welche Schritte
beabsichtigen sie gegen diesen Verstoß zu unterneh-
men?
171. Abgeordneter
Lagershausen
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das
Viermächteabkommen über Berlin in seinem ersten
Teil für ganz Berlin gilt und damit auch eine ein-
seitige Veränderung des Rechtsstatus von Berlin
(Ost) untersagt?
172. Abgeordneter
Dr. Möller
(CDU/CSU) Wer ist für die Herausgabe der im Urteil des Bundes-
verfassungsgerichts vom 2. März 1977 (2 BvE 1/76)
ausdrücklich aufgeführten und als verfassungswidrig
festgestellten Anzeigen der Bundesregierung verant-
wortlich?
173. Abgeordneter
Dr. Möller
(CDU/CSU) Werden die Mitglieder der Bundesregierung der
Bundeskasse den Schaden ersetzen, der nach den
Feststellungen des Bundesverfassungsgerichts vom
2. März 1977 durch den verfassungswidrigen „Ein-
satz öffentlicher Mittel in einer Größenordnung von
10 Millionen DM für eine Reihe großformatiger
Anzeigenserien“ entstanden ist?
174. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Meinung des polni-
schen Justizministers Professor Dr. Bafia, daß die
Frage der deutschen Staatsangehörigkeit zu den
„Widersprüchen“ zählt, die „im Interesse der wei-
teren Entwicklung der Beziehungen zwischen der
Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik
Deutschland eilig geregelt werden müssen“, und
ist es richtig, daß Bundesjustizminister Dr. Vogel „die
Notwendigkeit des Gespräches über diese Dinge
nicht verneint hat“?
175. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Trifft die in einer dpa-Meldung vom 4. März 1977
aufgrund eines Interviews des polnischen Justiz-
ministers in der Polityka verbreitete Behauptung
— verzeichnet auch in den Ost-Informationen des
Bundespresseamts — zu, wonach Minister Bafia beim
deutschen Bundesjustizminister u. a. dafür Ver-
ständnis gefunden habe, daß das Festhalten am
Fortbestand des Deutschen Reiches eine „Fiktion“
sei und das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht neu
zu regeln wäre sowie die deutschen Gebiete jenseits
von Oder und Neiße Ausland seien?
176. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Welche Schritte beabsichtigt die Bundesregierung
gegen die konzertierte Aktion der Ostblockstaaten
zur Einmischung in die freiheitliche, innerstaatliche
deutsche Rechtsordnung, die Rechtsprechung und
die die Schranken des Völkerrechts nicht verletzen-
de Gesetzgebung, insbesondere das Staatsangehö-
rigkeitsrecht, das Paßgesetz, das Bundesvertriebe-
nengesetz, das Strafgesetzbuch, zu unternehmen,

- die sich u. a. in den Forderungen des Justizministers und des Botschafters der Volksrepublik Polen, im Interview von Justizminister Bafia in der Polityka, in dem Artikel „Westdeutsche Rechtsbrüche“ im Sprachrohr des DDR-Außenministeriums „horizonte“, zahlreichen sowjetischen Veröffentlichungen dazu in der letzten Zeit und in der Konferenz der ZK-Sekretäre der kommunistischen Parteien in Sofia niederschlägt?
177. Abgeordnete
Frau Krone-Appuhn
(CDU/CSU)
- Wie und in welchem Umfang wird der Aufenthalt britischer Studenten und Absolventen der deutschen Sprache in Deutschland gepflegt, und was tut im einzelnen der Deutsche Akademische Austauschdienst und das Goethe-Institut in Großbritannien für die Verbreitung der deutschen Sprache, insbesondere im Verhältnis zu früheren Handhabungen?
178. Abgeordneter
Graf Huyn
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß Unterzeichner der Charta 77 neben Verhaftungen, Festnahmen und Entlassungen jetzt auch zusammen mit ihren Ehegatten von den tschechoslowakischen Behörden um Wohnung, Renten- und Krankenversicherung gebracht werden, und wird sich die Bundesregierung der Verfolgten unter Berufung auf die Vereinbarungen von Helsinki in einer Weise annehmen, die mit dem Einsatz des niederländischen Außenministers für sie vergleichbar ist?
179. Abgeordneter
Graf Huyn
(CDU/CSU)
- Wurden in der Tschechoslowakei unter Verletzung der Vereinbarungen von Helsinki und der Menschenrechtskonventionen der Vereinten Nationen Personen, die die Charta 77 verteilten, verhaftet und eine strafrechtliche Verfolgung unter Vorschiebung anderer angeblicher Delikte gegen sie eingeleitet, und was hat — bejahendenfalls — die Bundesregierung gegen das vertragswidrige Verhalten des Prager Regimes unternommen?
180. Abgeordneter
Graf Stauffenberg
(CDU/CSU)
- Was unternimmt die Bundesregierung, um den Deutschen, die in Moskau für ihre Ausreise in den freien Teil Deutschlands demonstriert hatten und daraufhin festgenommen wurden, die Ausreise zu ermöglichen, und was hat die Bundesregierung getan, um zu erreichen, daß alle im sowjetischen Herrschaftsbereich lebenden Deutschen ohne persönliche und berufliche Nachteile überhaupt einen Antrag auf Ausreise stellen können?
181. Abgeordneter
Regenspurger
(CDU/CSU)
- Aus welchen Gründen hat die deutsche Botschaft in Wien die Delegation der Deutschen Friedensunion, die Anfang März mit Besuchen bei Vertretungen der an den MBFR-Verhandlungen beteiligten Staaten ihre prosowjetische Abrüstungskampagne in der Bundesrepublik Deutschland einleitete, zu einem Gespräch empfangen und dadurch aufgewertet?
182. Abgeordneter
Regenspurger
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung an der Einschätzung des tarnkommunistischen Charakters der DFU durch frühere Bundesregierungen fest, und was folgt daraus für die Einschätzung der im Gefolge der DFU in der prosowjetischen Abrüstungskampagne operierenden übrigen Organisationen?

183. Abgeordneter
Gansel
(SPD)

Ist der Bericht der „Lübecker Nachrichten“ vom 10. März 1977 zutreffend, die einstimmig beschlossene Einladung des Kieler Magistrats an die Sowjetische Marine zur Kieler Woche sei im Bundeskanzleramt auf Ablehnung gestoßen, und wird die Bundesregierung eine solche Einladung sowohl unter sicherheits — wie auch entspannungspolitischen Aspekten fördern oder erschweren?

**B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien
sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren
schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung
gebeten wurde**

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

- | | |
|---|--|
| 1. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU) | Trifft eine Pressemeldung zu, derzufolge das Palais Schaumburg für 265 000 DM einer Gesamtrenovierung unterzogen wurde, und wenn ja, aus welchen Haushaltstiteln im Haushaltsjahr 1976 sind die entsprechenden Mittel genommen worden? |
|---|--|

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

- | | |
|--|---|
| 2. Abgeordneter
Dr. Fuchs
(CDU/CSU) | Was hat die Bundesregierung gegen die die Vereinbarungen von Helsinki verletzende Behinderung des Deutschen Fernsehens bei der Berichterstattung über den Moskauer Hotelbrand unternommen, und ist sie dabei insbesondere gemeinsam mit den Mitgliedern der Europäischen Gemeinschaft und ihren übrigen nordatlantischen Verbündeten aufgetreten? |
| 3. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Zukunft der deutschen Schulen im Auslandsgebiet des Ostseeraumes? |
| 4. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU) | Sind Strukturveränderungen in den Schulsystemen zu erwarten, insbesondere hinsichtlich der Begegnungsmöglichkeiten mit Kindern des Gastlandes während der vorschulischen und schulischen Ausbildung? |
| 5. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) | Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung die in der Frage A 130 (Drucksache 8/86) enthaltene Auslegung der Äußerungen des früheren US-Außenministers Kissinger im „Spiegel“ für „unzutreffend“ bezeichnet (Sitzungsprotokoll des Deutschen Bundestages vom 2. März 1977, S. 764), und hat sich das Auswärtige Amt vor dieser Antwort bei Herrn Kissinger versichert, daß die in der Frage A 130 gezogene Folgerung aus dem Interview nicht zutrifft? |
| 6. Abgeordneter
Dr. Marx
(CDU/CSU) | Wie ist der Stand der Bemühungen, dem seit Februar 1974 in der Tschechoslowakei inhaftierten deutschen Journalisten Werner Gengenbach zur Freilassung zu verhelfen? |
| 7. Abgeordneter
Dr. Marx
(CDU/CSU) | Kann die Bundesregierung Meldungen bestätigen, wonach in der Sowjetunion unmittelbar nach neuerlichen scharfen Angriffen der sowjetischen Medien gegen die westlichen Sendestationen Radio Free Europe, Radio Liberty und Deutsche Welle (22. Februar 1977) ein neuer, überstarker Störsender gegen die genannten Medien in Tätigkeit gesetzt worden ist? |

- | | |
|---|---|
| 8. Abgeordneter
Gerlach
(Obernau)
(CDU/CSU) | Trifft es zu, daß der Bundesjustizminister — wie der polnische Justizminister behauptet — Verständnis für dessen Forderung bekundet hat, deutsches Recht dem Vertrag mit Warschau anzupassen, und wie lauten die polnischen Auffassungen im einzelnen, denen die Bundesregierung entsprechen und denen sie nicht nachkommen will? |
| 9. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) | Dient die Spende der Bundesregierung an Botswana der Unterstützung südafrikanischer Gewalttäter, die sich der Strafverfolgung durch die Flucht entzogen haben, und wenn ja, wie vereinbart die Bundesregierung dies mit ihrem Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit? |
| 10. Abgeordneter
Gierenstein
(CDU/CSU) | Wird das von der Sowjetunion und anderen Ostblockstaaten zur Verfolgung von Bürgerrechtlern angewandte Mittel, sie einer psychiatrischen Zwangsbehandlung zu unterziehen, jetzt auch in Rumänien angewandt, und werden damit — bejahendenfalls — die Vereinbarungen von Helsinki ein weiteres Mal auf kommunistischer Seite verletzt? |
| 11. Abgeordneter
Dr. Riedel
(München)
(CDU/CSU) | Trifft es zu, daß die Europäische Gemeinschaft auf dem in Aussicht genommenen Gipfeltreffen zur Wirtschaftspolitik nicht vertreten sein wird, da sich der Ministerrat nicht darüber einigen konnte, und was hat die Bundesregierung getan, damit die Frage, für die die Europäische Gemeinschaft und ihre Organe allein zuständig sind, dort geltend gemacht werden können? |

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

- | | |
|---|--|
| 12. Abgeordneter
Dr. Vohrer
(FDP) | Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß Frankreich im grenznahen Bereich in den Stollen der oberelsässischen Kali-Bergwerke eine Atommülldeponie und nördlich von Fessenheim ein zweites Kernkraftwerk plant, zu ergreifen, um die im Rahmen des EG-Rechts vorgeschlagenen gemeinschaftlichen Konsultationsverfahren für Kraftwerke auf Atommülldeponien und Wiederaufbereitungsanlagen auszudehnen? |
| 13. Abgeordneter
Krockert
(SPD) | Beabsichtigt die Bundesregierung, die im Haushaltsstrukturgesetz Art. 3 § 1 erfolgte Heraufsetzung des Ruhestands-Antragsalters für Beamte dauernd aufrecht zu erhalten, obwohl erstens weibliche Beamte nunmehr wesentlich schlechter gestellt sind als weibliche Angestellte oder Arbeiterinnen (flexible Altersgrenze), und obwohl zweitens schon erkennbar ist, daß sich dadurch mitten in einer für viele junge Menschen ohnehin schwierigen Beschäftigungslage die Ausbildungs- und Einstellungschancen junger Bewerber(-innen) weiter verschlechtert haben? |
| 14. Abgeordneter
Seiters
(CDU/CSU) | Wie ist im einzelnen das Verfahren ausgestaltet für die Errichtung von Zwischenlagerbecken für Kernbrennelemente, und welche rechtlichen Befugnisse stehen dabei im Detail der Bundesregierung, der Landesregierung und den betroffenen Kommunen zu? |

15. Abgeordneter
Dr. Schmude
(SPD)
- Welche Folgerung für die Neugestaltung des Beihilfe-rechts wird die Bundesregierung daraus ziehen, daß ein Beamter, der freiwillig der gesetzlichen Kranken-versicherung angehört, bei Behandlung als Kassen-patient wegen der in vollem Umfang gewährten Sachleistung Beihilfeansprüche nicht hat, bei Be-handlung als Privatpatient hingegen zusätzlich zur Erstattungsleistung der Krankenversicherung Bei-hilfe erhält und dadurch nicht selten zu einer Er-stattungssumme kommt, die tatsächlich entstande-nen Krankheitskosten überschreitet?
16. Abgeordneter
Regenspurger
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß beim Einsatz von BGS-Kräften in Brokdorf eine Hundertschaft auf dem Landweg von Schwandorf zum Einsatzort gebracht werden mußte, weil näher stationierte Einsatzkräfte nicht mehr verfügbar waren, und wenn ja, wo waren die bei näher gelegenen Standorten stationierten Grenz-schutzbeamten eingesetzt, und wie viele Beamte waren insgesamt in irgendeiner Form an der Aktion Brokdorf beteiligt?
17. Abgeordneter
Dr. Klein
(Göttingen)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung grundsätzlich die Tatsache, daß ehemalige Extremistenführer, die ein-deutig unter die Bestimmungen des Radikalen-beschlusses fallen, bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten die Möglichkeit der freien Mit-arbeit erhalten und auf diese Weise nach den gel-tenden arbeitsrechtlichen Bestimmungen die Gele-genheit bekommen, sich in feste Anstellungsverhält-nisse bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstal-ten auf dem Gerichtsweg einzuklagen, und mit wel-chen konkreten Maßnahmen gedenkt die Bundes-regierung dafür zu sorgen, daß solche Vorkommnisse in Zukunft nicht mehr möglich sein werden?
18. Abgeordnete
Frau
Simonis
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung Daten über die soziale Struktur des Empfängerkreises des Bundesverdienst-kreuzes vor, und ist ihr bekannt, wie viele Personen und mit welchen Gründen die Annahme der Aus-zeichnung abgelehnt haben?
19. Abgeordnete
Frau
Simonis
(SPD)
- Wie groß ist der Anteil von Frauen am Empfängerkreis?
20. Abgeordneter
Dr. Müller-
Emmert
(SPD)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung einge-leitet, um insbesondere im Zusammenwirken mit den Führungsgremien des deutschen Sports und der Sportwissenschaft sicherzustellen, daß der ge-sundheitliche Schutz der Leistungssportler — auch auf Grund der nachdrücklich im olympischen Jahr 1976 sichtbar gewordenen Fehlentwicklungen — als Grundvoraussetzung aller leistungssportlichen Ziele und Förderungsmaßnahmen beachtet wird?
21. Abgeordneter
Dr. Müller-
Emmert
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Gewährung öffentlicher Förderungsmittel von ein-zelnen Sportfunktionären und Sportmediziner-n nicht als Schutzbehauptung dazu herangezogen werden kann, den hochleistungssportlichen Erfolg — auch unter Einsatz von medikamentösen Hilfs-mitteln, bis hin zur Gefahr von Persönlichkeitsver-änderungen, wie z. B. in der Schwerathletik — anzu-streben?

22. Abgeordneter
Dr. Bötsch
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, zu den Meldungen unterfränkischer Tageszeitungen Stellung zu nehmen, nachdem im Falle einer atomaren Verseuchung durch einen Unfall in dem im Bau befindlichen Kernkraftwerk Grafenrheinfeld die Stadt Schweinfurt und große Teile der Stadt Würzburg evakuiert werden müßten, und hält die Bundesregierung gegebenenfalls eine solche Evakuierung überhaupt für technisch durchführbar?
23. Abgeordneter
Dr. Bötsch
(CDU/CSU)
- Glaubt die Bundesregierung im Verneinungsfalle, eine Betriebsgenehmigung für das Kernkraftwerk bejahen zu können?
24. Abgeordneter
Dr. Bötsch
(CDU/CSU)
- Wurden die angesprochenen Evakuierungspläne bereits zusammen mit den ersten Planungen des Kernkraftwerkes ausgearbeitet?
25. Abgeordneter
Dr. Penner
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Eingliederung von deutschstämmigen Umsiedlern aus Osteuropa in die Bundesrepublik Deutschland sich auch nach Gesetzen vollzieht, denen der Flüchtlings- oder Vertriebenenstatus zugrundeliegt, und beabsichtigt die Bundesregierung, eine Änderung dieses Verfahrens vorzunehmen?
26. Abgeordneter
Regenspurger
(CDU/CSU)
- Auf welche Vorstellungen im einzelnen stützt der Bundeskanzler seine Ankündigungen, die Bundesregierung werde Änderungen des für die öffentlichen Bediensteten geltenden Rechts vorschlagen?
27. Abgeordneter
Gierenstein
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß ein Vertreter der Bundesregierung Äußerungen gemacht hat, die so verstanden werden konnten, daß die Bundesregierung nicht mit letzter Konsequenz bei ihrem verfassungsmäßigen und vertraglichen Auftrag zu bleiben gedenkt, die Demarkationslinie zum Ostberliner Herrschaftsbereich der Rechtslage entsprechend als am östlichen Elbufer verlaufend zu beschreiben, und was hat die Bundesregierung gegebenenfalls unternommen, um die dadurch eingetretene Gefährdung der deutschen Interessen abzuwenden?
28. Abgeordneter
Gierenstein
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß der Leiter der Ostberliner Delegation in der Grenzkommision sich im Geltungsbereich des Grundgesetzes einer Beleidigung schuldig gemacht und versucht hat, die freie Berichterstattung zu behindern, und was hat die Bundesregierung gegebenenfalls getan, um das Grundrecht der Informations- und Meinungsfreiheit sowie die Ehre des Beleidigten zu schützen?
29. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß jetzt auch der staatlich gelenkte Sport in Rumänien die Einbeziehung des Landesverbandes Berlin in die angestrebten Kontakte mit der Deutschen Sportjugend ablehnt sowie sich weigert, Berlin zusammen mit dem übrigen Bundesgebiet zu besuchen, und wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen dieser Haltung auf die deutsch-rumänischen Beziehungen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

30. Abgeordneter
Engelhard
(FDP)
- Was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls auf Grund des Urteils des Bundesgerichtshofs vom 29. Oktober 1976, wonach Auflassungsvormerkungen im Grundbuch künftig nicht mehr als „konkursfest“ angesehen werden können, zur weiteren Aufrechterhaltung eines sicheren Rechts- und Geschäftsverkehrs zu tun, nachdem die Makler- und Bauträgerverordnung von 11. Juni 1975 in Verbindung mit dem Änderungsgesetz zu § 34 c der Gewerbeordnung zum Schutz der Grundstückserwerber bestimmen, daß Bauträger für die von ihnen angebotenen Objekte erst dann Geld von Käufern kassieren dürfen, wenn für den Erwerber die Eintragung einer Auflassungsvormerkung gewährleistet ist?
31. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, sich über die großen Belastungen, die Justiz und Polizei bei der Erzwingungshaft für zahlungsunwillige Verkehrssünder entstehen, Unterlagen zu beschaffen, die ihren Standpunkt hinsichtlich der Zahlungsmoral untermauern können, und ist sie u. U. bereit, die Gebührenfreiheit bei der Erzwingungshaft aufzuheben?
32. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß Hausverwertungs- und -verwaltungsfirmen von Mietern sogenannte „Wohnungswechselfpauschalen“ fordern, und sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, solche Praktiken durch gesetzgeberische Maßnahmen zu unterbinden?
33. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Trifft die Behauptung des ADAC (Pressemitteilung des ADAC vom 17. Februar 1977) zu, daß die vom ADAC in Verhandlung mit der Automobilwirtschaft erreichten Geschäftsbedingungen über das hinausgehen, was an Verbraucherschutzgesetzen in Kraft ist, und will die Bundesregierung gegebenenfalls die gesetzlichen Bestimmungen an dieses Verhandlungsergebnis anpassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

34. Abgeordneter
Spitzmüller
(FDP)
- Trifft es zu, daß die Vergleichsmietenvorschrift des Zweiten Wohnraumkündigungsschutzgesetzes dazu führt, daß Vermieter, die aus sozialen oder sonstigen Gründen ihre Wohnungen unter der ortsüblichen Vergleichsmiete vermieten, bei der Einkommensteuer die Mieteinnahme zu versteuern haben, die sie nach dem Vergleichsmietenprinzip hätten erzielen können und nicht diejenige, die sie tatsächlich erzielt haben, und ist dieses Ergebnis gewollt, bzw. was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls dagegen zu unternehmen?
35. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den Abschluß des Doppelbesteuerungsabkommens zwischen der Bundesrepublik und den Philippinen zu beschleunigen?

36. Abgeordneter
Krockert
(SPD)
- Trifft es zu, daß — wie in der Presse gemeldet — ein Vermieter von Wohnraum riskiert, bei der Einkommensteuer über die tatsächlichen Mieteinkünfte hinaus veranlagt zu werden, wenn er beispielsweise freiwillig und aus sozialer Rücksicht auf einen langjährigen Mieter darauf verzichtet hat, Möglichkeiten zur Mieterhöhung voll auszuschöpfen, und wie wird die Bundesregierung zutreffendenfalls ein solches systemfremdes Mindestpreis-Regulativ der Finanzverwaltung gesetzlich verhindern?
37. Abgeordneter
Dr. Fuchs
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß in der Schweiz die Umsätze des Kunsthandels der Mehrwertsteuer nicht unterliegen sondern nur die Gewinne, und was unternimmt — bejahendenfalls — die Bundesregierung, um den dadurch drohenden Wettbewerbsnachteil für den deutschen Kunsthandel abzuwenden?
38. Abgeordneter
Dr. Waigel
(CDU/CSU)
- Welche Abgaben, die dem Kohlepfennig, der Schwerbeschädigtenabgabe, der Feuerwehrabgabe, der Frischfleischabgabe, der Altölabgabe, der Ausgleichsabgabe nach dem Benzinbleigesetz, der Abgabe zur Finanzierung des Konkursausfallgeldes und der Filmabgabe vergleichbar sind, gibt es in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund von Bundesgesetzen, und welches Aufkommen erbringen diese Sonderabgaben im einzelnen?
39. Abgeordneter
Scheffler
(SPD)
- Welche Gründe haben die Bundesregierung dazu bestimmt, von der Steuerbegünstigung des § 7 b EStG Ausbaumaßnahmen auszunehmen, sofern die Genehmigung für den Ausbau zwar nach dem 31. Dezember 1964 gestellt wurde und die ausgebauten bzw. neu erstellten Gebäudeteile zu mehr als 80 % Wohnzwecken dienen, der Ausbau aber erst nach dem 31. Dezember 1964 begonnen wurde?
40. Abgeordneter
Scheffler
(SPD)
- Bestehen bei der Bundesregierung Absichten, künftig auch die in Frage 39 bezeichneten Ausbaumaßnahmen nach § 7 b EStG zu begünstigen, und innerhalb welcher Zeit wird gegebenenfalls damit zu rechnen sein?
41. Abgeordneter
Dr. Jenninger
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß es der Mehrzahl der Kreditinstitute mit einer Bilanzsumme über 10 Millionen DM wegen des mangelnden Angebots an qualifizierten und die notwendigen Voraussetzungen erfüllenden Personen nicht möglich sein wird, innerhalb der durch das Kreditwesengesetz vorgeschriebenen Frist bis zum 1. Mai 1977 das sogenannte „Vier-Augen-Prinzip“ zu verwirklichen, und ist die Bundesregierung deshalb bereit, eine globale, angemessene Fristverlängerung vorzunehmen, die es den betreffenden Instituten ermöglicht, das „Vier-Augen-Prinzip“ sinnvoll und ohne nachteilige Folgen für eine leistungsfähige und solide Geschäftsführung einzuführen?
42. Abgeordneter
Dr. Zeitel
(CDU/CSU)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Zahl derjenigen Bauherren ein, die in der Zeit vom 9. Mai 1973 bis 30. November 1973 Wohnungen errichtet haben und keine Steuervergünstigung in Form des § 7 b EStG beanspruchen konnten?

43. Abgeordneter
Dr. Zeitel
(CDU/CSU) Wie hoch schätzt die Bundesregierung die damit verbundenen Mehreinnahmen bei der Einkommensteuer durch die Nichtbeanspruchung des § 7 b EStG ein?
44. Abgeordneter
Dr. Zeitel
(CDU/CSU) Sieht sich die Bundesregierung im Rahmen der Neuregelung des § 7 b EStG in der Lage, auch den Bauherren, die in der Zeit vom 9. Mai bis 31. Dezember 1973 einen Bauantrag gestellt haben, in irgendeiner Form die Möglichkeit zu verschaffen, zumindest für die Restdauer eine Beanspruchung des § 7 b EStG zu ermöglichen?
45. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) Sind der Bundesregierung Rechenverfahren bekannt, nach denen die mittelbaren Kosten von Gesetzen berechnet werden können, und ist die Bundesregierung bereit, solche Rechenverfahren zu erproben?
46. Abgeordneter
Gerlach
(Obernau)
(CDU/CSU) Was beanstandet der Bundeskanzler im einzelnen am Geschäftsgebaren der Versicherer, und zu welchen Änderungen des vom Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen angewandten Rechts geben die Auffassungen des Bundeskanzlers Anlaß?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

47. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU) In welcher Weise will die Bundesregierung sicherstellen, daß das geplante Investitionsprogramm die Ungleichgewichte zwischen wirtschaftsstarken und strukturschwachen Räumen abbauen kann, und kann die Bundesregierung sicherstellen, daß nach den neuerlichen Empfehlungen des Staatssekretärsausschusses wenigstens die Schwerpunkttore der Wirtschaftsförderung ihre vorhandenen Bahnan schlüsse behalten werden?
48. Abgeordneter
Dr. Sprung
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß aus der Tatsache, daß Großhandelsbetriebe in Teil II Abschnitt 2.3. des 5. Rahmenplans der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (Bundestagsdrucksache 7/4742) nicht aufgeführt werden, zu schließen ist, daß Unternehmen dieses Wirtschaftszweiges generell nicht durch Investitionszulagen gem. § 1 Investitionszulagengesetz gefördert werden, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
49. Abgeordneter
Dr. Sprung
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Praxis des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft, auch solchen Großhandelsunternehmen, welche mehr als 60 % ihres Umsatzes mit Abnehmern in nicht benachbarten Kerngebieten auf Dauer tätigen, die Investitionszulage mit der Begründung zu verweigern, Handelsbetriebe der genannten Art würden keinen „Primäreffekt“ auslösen, und ist nach Meinung der Bundesregierung bei der Beurteilung des Tatbestandsmerkmals „ihrer Art nach“ (§ 2 Abs. 2 Ziff. 2 Investitionszulagengesetz) auf die typischen Leistungen des antragstellenden Großhandelsunternehmens abzustellen, oder welche konkreten anderen Kriterien sind maßgebend?

50. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß der westmittel-fränkische Raum nach wie vor erhebliche Investitionen zur Überwindung seiner Strukturschwäche benötigt, und wird die Bundesregierung dafür eintreten, daß dazu auch aus dem EG-Fonds Mittel zur Verfügung gestellt werden?
51. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU)
- In welcher Höhe werden voraussichtlich und für welche bestimmte Maßnahmen Zuschüsse aus dem EG-Fonds für Westmittelfranken im Jahre 1977 und 1978 zu erwarten sein?
52. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Meinung des französischen Premierministers Barre, der in einem Gespräch mit dem neuen Präsidenten der EG-Kommission, Roy Jenkins, laut Artikel der „Stuttgarter Zeitung“ Nr. 50 vom Mittwoch, 2. März 1977, die Ansicht vertreten hat, „selbst dann, wenn die deutsche Inflationsrate diesen Satz etwas unterschreiten würde, blieben nach Barre die französischen Erzeugnisse auf dem deutschen Markt wettbewerbsfähig, da die Produktivität in Frankreich bei den meisten Produkten höher als in der Bundesrepublik liege“, und wenn ja, was sind die Gründe für diese Situation der französischen Wirtschaft, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
53. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU)
- Was tut die Bundesregierung, um die Produktivität unserer Wirtschaft zu steigern, und ist diese Äußerung des französischen Premierministers nicht ein Hinweis auf die dringende Notwendigkeit zur Förderung der Investitionen, die in Frankreich erheblich besser behandelt werden, als in der Bundesrepublik Deutschland?
54. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Entspricht es den energiepolitischen Zielvorstellungen der Bundesregierung, daß seit Anfang 1971 15500 Megawatt Kraftwerkskapazitäten auf Heizöl- und Erdgasbasis gebaut worden sind und weitere 3500 Megawatt demnächst in Betrieb gehen, und wie will die Bundesregierung gegebenenfalls ihre energiepolitischen Zielsetzungen im Stromerzeugungsbereich durchsetzen?
55. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)
- Wie kann nach Auffassung der Bundesregierung sichergestellt werden, daß Motoröl in umweltunschädlicher Weise beseitigt wird, wenn Motoröl zunehmend in Kaufhäusern, Supermärkten und ähnlichen Unternehmen ohne eigene Altölbeseitigung verkauft wird?
56. Abgeordneter
Dr. Jenninger
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung Informationen über die vorläufigen Grundsätze und Schwerpunkte eines mehrjährigen Infrastrukturprogramms zur wachstumspolitischen Vorsorge vorab Abgeordneten der SPD zugänglich gemacht und anheimgestellt hat, etwaige Wünsche und Anregungen zu dem beabsichtigten Infrastrukturprogramm durch Bürgermeister oder Landräte direkt an das Bundeskanzleramt heranzutragen?

57. Abgeordneter
Dr. Jenninger
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, den § 2 des Investitionszulagengesetzes vom 18. August 1969 in der Fassung vom 24. Februar 1975 derart zu ändern, daß auch kleinere mittelständische Betriebe, die ihre Produkte nicht in der Mehrzahl überregional absetzen, in den Genuß der Investitionszulage kommen können?
58. Abgeordneter
Seiters
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Umstand, daß in den letzten Jahren in der Bundesrepublik Deutschland der Textilimportüberschuß — insbesondere wegen der Einfuhren aus den EG-Ländern und den Niedrigpreisländern — ständig angewachsen ist, die Zahl der Textilbetriebe gleichzeitig aber von 1972 bis 1976 um fast 700 auf ca. 2700 und entsprechend auch die Beschäftigtenzahl zurückgegangen ist, und welche Konsequenz zieht sie daraus?
59. Abgeordneter
Seiters
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung im einzelnen, wettbewerbsverzerrende Praktiken innerhalb der EG-Länder (staatliche Beihilfen) abzubauen, die Entwicklung der Textileinfuhren aus Niedrigpreisländern für die Textilindustrie kalkulierbar zu gestalten und zu verhindern, daß Staatshandelsländer mit Niedrigpreisofferten den inländischen Textilmarkt überschwemmen?
60. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU)
- Inwieweit ist gewährleistet, daß bei dem beabsichtigten langfristigen Investitionsprogramm für den Infrastrukturausbau Kriterien und Maßstäbe der Raumordnung berücksichtigt werden; von welchen Kriterien geht die Bundesregierung bei der Festlegung der Prioritäten und der regionalen Bedarfsanforderungen aus?
61. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU)
- Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung heute noch der Enquete über die Bauwirtschaft zu, was hat sie bisher unternommen, um die Vorschläge der Bauenquete zu verwirklichen und welche Konsequenzen ist sie bereit, künftig noch aus der Bauenquete auch hinsichtlich einer Intensivierung der Bauforschung zu ziehen?
62. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, eine Verordnung zum Außenwirtschaftsgesetz zu erlassen, um die aufgrund der Londoner Richtlinien für den Nuklearexport gemachten Vereinbarungen in innerdeutsches Recht umzusetzen, und in welchem Umfang soll die Legislative bei der Abfassung der geplanten Verordnungen eingeschaltet werden?
63. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang wird der Atomwaffen-Sperrvertrag durch die Londoner Richtlinien für den Nuklearexport ergänzt, und will die Bundesregierung diese Erweiterung des Atomwaffen-Sperrvertrages über die Änderung der Kernenergieliste beim Außenwirtschaftsgesetz unter Umgehung des Deutschen Bundestages, der den Atomwaffen-Sperrvertrag verabschiedet hat, herbeiführen, und welche Gründe hat die Bundesregierung gegebenenfalls für dieses Vorgehen?
64. Abgeordneter
Dr. Warnke
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung — insbesondere der Bundeskanzler — angesichts flexibler Wechselkurse den Einfluß des wirtschaftlichen Geschehens jenseits der deutschen Grenzen auf die einzelnen Faktoren der Entwicklung im Bundesgebiet?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

65. Abgeordneter
Carstens
(Fehmarn)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß Kutterfischer aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft in der Ostsee mit Netzen fischen, deren Maschen erheblich enger sind als die von den deutschen Kutterfishern nach den geltenden deutschen Vorschriften verwendeten, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu tun, um Wettbewerbsnachteile der deutschen Kutterfischer auszugleichen, die sich aus diesen unterschiedlichen Fangbedingungen ergeben?
66. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß in den Fischereiverhandlungen die Sowjetunion darauf besteht, vertragliche Vereinbarungen nur mit den Mitgliedern der Europäischen Gemeinschaft und nicht mit dieser selbst abzuschließen, und wird die Bundesregierung daraufhinwirken, daß die Sowjetunion auf die alleinzuständige Europäische Gemeinschaft und deren vertretungsberechtigte Organe verwiesen wird?
67. Abgeordneter
Dr. Warnke
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Kommission der Europäischen Gemeinschaft entgegen ihren Versicherungen, keine Butterexporte in den Ostblock zu subventionieren, nach der Verbilligung eines französischen Exports in die Sowjetunion nunmehr auch noch für eine Ausfuhr nach Bulgarien einen Zuschuß für 400 Tonnen Butter bewilligt hat, und was hat die Bundesregierung gegebenenfalls unternommen, um dieser Praxis der Kommission der Europäischen Gemeinschaft Einhalt zu gebieten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

68. Abgeordneter
Krockert
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung in ihrer Rechtsverordnung zu § 55 Abs. 3 Schwerbehindertengesetz nicht nur Anforderungen an die Werkstätten für Behinderte, sondern darüber hinaus zugangsregelnde Anforderungen an die Behinderten festlegen will und daß dadurch, wie die Arbeitsgemeinschaft der Werkstätten für Behinderte geltend macht, das Bestimmungsrecht der Leistungsträger über den gesetzlich gebotenen Rahmen hinaus eingeengt würde?
69. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Wolfsburg)
(CDU/CSU)
- Wann beabsichtigt die Bundesregierung, die in den Koalitionsvereinbarungen vorgesehene Wahlordnung für die Aufsichtsratswahl in Unternehmen, die unter das Mitbestimmungsgesetz fallen, zu verabschieden?
70. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Wolfsburg)
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung für den Fall einer längeren Verzögerung der Verabschiedung der Wahlordnung grundsätzliche Richtlinien bekanntzugeben, damit die Verabschiedung widersprüchlicher Wahlordnungen zwischen den Tarifpartnern verhindert wird?
71. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU)
- Wie viele Kriegsdienstverweigerer wurden jeweils 1973, 1974, 1975 und 1976 anerkannt und wie viele davon bis heute je Jahrgang auch tatsächlich zum Ersatzdienst einberufen?

72. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es für Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft unzumutbar ist, daß Leistungen ihrer Zusatzversorgung gem. § 15 ZVALG für die Zeit vom 1. Juli des Vorjahres bis zum 30. Juni des laufenden Jahres nachträglich festgesetzt und in einer Summe jeweils zum Ende eines Kalenderjahres ausgezahlt werden, mit der Folge, daß die Arbeitnehmer trotz ihres bereits begründeten Versorgungsanspruches eine um 18 Monate verzögerte Auszahlung erfahren, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, diesen Auszahlungsmodus zu ändern?
73. Abgeordneter **Spitzmüller** (FDP) Trifft es zu, daß die Rentenversicherungsträger für die Abwicklung der Rentenzahlungen jährlich ca. 140 Millionen DM Gebühren an die Bundespost zu zahlen haben, bei einer entsprechenden Abwicklung über den Banken- und Sparkassenapparat aber zwischen 70 und 100 Millionen DM eingespart werden könnten, und welche Konsequenzen wird die Bundesregierung hieraus gegebenenfalls ziehen?
74. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU) Wie viele anerkannte Wehrdienstverweigerer wurden in den letzten drei Jahren jeweils dem Ersatzdienst zugewiesen?
75. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU) Wie viele Wehrdienstverweigerer leisteten in diesen drei Jahren in den einzelnen Ersatzdienstbereichen (soziale Dienste, Rotes Kreuz, THW, ZBS) Ersatzdienst?
76. Abgeordneter **Pohlmann** (CDU/CSU) Hält die Bundesregierung es für gerecht, daß Unfallrentenberechtigte, die sich vor und während des 2. Weltkrieges statt der Rente eine Abfindung haben auszahlen lassen und damit zweckgebunden Grundbesitz in den deutschen Ostgebieten erworben haben, für den Verlust dieses Grundbesitzes nur im Rahmen des Lastenausgleichs entschädigt werden können, und wenn nein, welche Folgerungen wird sie daraus ziehen?
77. Abgeordneter **Pohlmann** (CDU/CSU) Ist der Bundesregierung die Anzahl der geschilderten Fälle bekannt und gedenkt sie, den Betroffenen über den Lastenausgleich hinaus eine Entschädigung zu gewähren?
78. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die Gewährung von besonderen Leistungen zur Förderung der Mobilität an längerfristig Arbeitslose nach der Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und der Bundesanstalt für Arbeit vom 10. November 1976 um einen Monat — bis 30. Juni 1977 — zu verlängern im Hinblick darauf, daß sich für viele langfristig Arbeitslose erst Mitte des Jahres Beschäftigungsmöglichkeiten ergeben werden?
79. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, den Problemgruppen des Arbeitsmarktes, insbesondere den beruflich nicht qualifizierten Jugendlichen, auch weiterhin verstärkte arbeitsmarktpolitische Hilfen zu gewähren, wie sie die Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und der Bundesanstalt für Arbeit vom 5. Februar 1976 vorsah, und hierfür gegebenenfalls weitere Mittel zur Verfügung zu stellen?

80. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit analog der in den Niederlanden gefundenen Lösung beizutragen, indem sie das Arbeitsförderungsgesetz dahin gehend ergänzt, daß Arbeitslose, die sich für eine Vollzeitarbeit der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stellen und mangels geeigneter offener Stellen vorübergehend eine Teilzeitbeschäftigung verrichten, von der Bundesanstalt für Arbeit Zuschüsse erhalten können und würde durch solch eine Regelung nicht die Bundesanstalt für Arbeit entlastet (Einsparung von Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe) und einer Leistung unerwünschter Überstunden entgegengewirkt werden (Einstellung von Teilzeitkräften anstelle sonst notwendig werdender Mehrarbeit)?
81. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß § 5 Abs. 1 Nr. 2 und 3 der Richtlinien des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung zur Gewährung von besonderen Leistungen zur Förderung der Mobilität vom 10. November 1976 dem langfristig Arbeitslosen nicht hilft, da auf Grund der zwischenzeitlich erfolgten Tarifierhöhungen dieser Personenkreis die Voraussetzungen in der Regel nicht erfüllt, und ist die Bundesregierung bereit, die im § 5 a. a. O. genannten Voraussetzungen — gegebenenfalls durch Einführung einer Härteklausel — für langfristig Arbeitslose entsprechend zu ergänzen?
82. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
(CDU/CSU)
- Ob und in welchem Umfang ist die Bundesregierung bereit, Rentenansprüche deutscher Auswanderer, die entweder naturalisiert oder nichtnaturalisiert in Australien leben, anzuerkennen?
83. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, ob alle deutschen Auswanderer — ohne Rücksicht auf das Auswanderungsland — in der Frage der Rentenansprüche gleich behandelt werden und wenn nicht, aus welchem Grund?
84. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD)
- In welchem Umfange kommen öffentliche Arbeitgeber und bundeseigene Unternehmen ihrer Verpflichtung zur Beschäftigung schwerbehinderter Arbeitnehmer nach, und in welchem Umfange machen sie von der Möglichkeit der Zahlung einer Ausgleichsabgabe Gebrauch?
85. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD)
- In welchem Umfange macht die öffentliche Hand und bundeseigene Unternehmen von den Mitteln des Sonderprogrammes von Bund und Ländern zur verstärkten Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für Schwerbehinderte Gebrauch?
86. Abgeordneter
Kratz
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, dem Bundestag in absehbarer Zeit den Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes vorzulegen, das die aus dem Jahre 1938 stammende Arbeitszeitordnung ablösen soll?
87. Abgeordneter
Kratz
(SPD)
- Welche Intentionen wird die Bundesregierung bejahendenfalls mit der Vorlage eines entsprechenden Gesetzentwurfs verfolgen?

88. Abgeordneter
Hansen
(SPD) Trifft es zu, daß die Firma Messerschmitt-Bölkow-Blohm zum indischen Flugzeugprojekt HF-73 soviel MRCA-Know-how beigesteuert hat, daß der einzige Unterschied zum MRCA im Starrflügel der HF-73 besteht, und wenn ja, wie vereinbart sich diese Tatsache einerseits mit dem Geheimhaltungsbedürfnis und andererseits mit dem bekundeten Willen der Bundesregierung, keine Lockerung oder Umgehung der Exportbeschränkungen zuzulassen?
89. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU)
Dr. Wittmann An wie viele Berechtigte und mit welchem Gesamtbetrag werden Rentenzahlungen aufgrund der Reichsversicherungsordnung oder Angestelltenversicherungsgesetzes an Personen in der Tschechoslowakei bezahlt, und wie viele dieser Personen sind deutsche Staatsangehörige?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

90. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(CDU/CSU) Beabsichtigt der Bundesverteidigungsminister, die Freiwilligen-Annahmestelle IV in Wiesbaden aufzulösen, und wenn ja, wann?
91. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(CDU/CSU) Wie viele Bedienstete sind gegebenenfalls dadurch betroffen, und wird der Bundesverteidigungsminister die von der Schließung betroffenen Soldaten und Zivilbediensteten im Bereich Wiesbaden unterbringen?
92. Abgeordneter
Höpfinger
(CDU/CSU) Inwieweit trifft es zu, daß im Auftrag der Bundeswehr über deutsche Firmen (teilweise Schreibfirmen) mit Sondergenehmigung Uniformeffekten aus Niedriglohn-Ländern eingeführt werden und damit den einschlägigen Textilbetrieben in der Bundesrepublik Deutschland keine zusätzliche Konkurrenz geboten wird, die zur Gefährdung und zum Abbau von Arbeitsplätzen in Uniform-Ausstattungs-betrieben führt, und wenn ja, welche Konsequenzen wird sie daraus ziehen?
93. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Hält es die Bundesregierung für möglich, daß eine teilweise Belegung der Loncin Kaserne in Euskirchen durch Bundeswehreinheiten zwischen 1978 und 1981 etappenweise erfolgen kann, je nachdem, wann einzelne Bereiche der Kaserne nach Fertigstellung der Bauarbeiten belegt werden können?
94. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung in der Lage, die Aussage des früheren britischen Abrüstungsministers, Lord Chalfont, zu bestätigen, daß westliche Positionen von den sowjetischen Panzern überrollt werden könnten, noch ehe die NATO-Truppen Zeit gefunden hätten, in ihre Stellungen einzurücken, da die Strategie des Westens von einer mehrwöchigen politischen Frühwarnzeit ausgehe, tatsächlich aber nur mit einer Vorwarnung von wenigen Tagen gerechnet werden könne, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, gemeinsam mit ihren NATO-Partnern aus dieser Feststellung eines britischen Verteidigungsexperten die notwendigen Konsequenzen zu ziehen?

95. Abgeordneter
Wimmer
(Mönchengladbach)
(CDU/CSU) Sind bei den in den Niederlanden stationierten Einheiten der Bundeswehr die eingesetzten Kraftfahrzeuge so ausgestattet, daß die Benutzer der Kraftfahrzeuge der in den Niederlanden geltenden Anschnallpflicht genügen können, und müssen Soldaten, die trotz vorhandener Vorrichtungen sich während der Fahrt nicht anschnallen, mit disziplinarrechtlichen Maßnahmen rechnen?
96. Abgeordneter
Wimmer
(Mönchengladbach)
(CDU/CSU) Ist bekannt, bei wieviel in Kraftfahrzeugen erlittenen Unfallschäden die Folgen für die verunglückten Soldaten deshalb erheblich waren, weil wegen nicht vorhandener Anschnallgurte ein Anschnallen während der Fahrt nicht möglich war?
97. Abgeordneter
Dr. Probst
(CDU/CSU) Treffen Berichte der Süddeutschen Zeitung vom 15./16. Januar zu, daß Bundesminister Ravens anläßlich einer Bänderzerrung, die er sich während eines privaten Skiurlaubs in Kärnten zuzog, mit einer Bundeswehrmaschine von Klagenfurt nach Bremen gebracht worden ist, und aus welchen Gründen wurde auf dieses Transportmittel zurückgegriffen?
98. Abgeordneter
Dr. Probst
(CDU/CSU) Wie hochsind die entstandenen Kosten, und wer wird dafür aufkommen?
99. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Über welche Erfahrungen verfügt die Bundesregierung mit Betriebsabrechnungen in Verwaltungen des öffentlichen Dienstes (z. B. Marinearsenal) über Kostenstrukturen im Vergleich zur privaten Wirtschaft, und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für zusätzliche Personaleinstellungen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

100. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die Bestimmungen über den Aufenthalt mit Arbeitsgenehmigung von Ärzten aus Entwicklungsländern so zu lockern, daß der insbesondere im Zonenrandgebiet noch herrschende katastrophale Ärztenotstand z. B. in Neu-albenreuth/Lkrs. Tirschenreuth durch eine Arbeitsgenehmigung für einen dort von der Sozialhilfe lebenden syrischen Arzt bereinigt werden kann?
101. Abgeordneter
Möller
(FDP) Reichen nach Auffassung der Bundesregierung die vorhandenen gesetzlichen Grundlagen aus, um im Fall eines äußeren Notstandes zur Sicherstellung eines funktionierenden Gesundheitswesens die ärztliche Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten und insbesondere die in gesundheitsdienstlichen Berufen ausgebildeten Personen zu erfassen, oder wird die Bundesregierung den Entwurf eines diesbezüglichen Gesundheitssicherungsgesetzes einbringen?

102. Abgeordneter
Möllemann
(FDP) Ist sie außerdem bereit, falls die vorhandenen gesetzlichen Grundlagen nicht ausreichen, in einem neu vorzulegenden Gesetz auch die erforderlichen Kontroll- und Weisungsrechte gegenüber Krankenhausträgern zu berücksichtigen, einen zentralen Krankbettennachweis zu schaffen, die Bevorratung ausreichender Arzneimittelbestände und deren Verteilung zu gewährleisten?
103. Abgeordneter
Möllemann
(FDP) Ist Vorsorge getroffen, und wenn ja, in welcher Form für eine den Interessen sowohl der Streitkräfte als auch der Zivilbevölkerung dienende wirkungsvolle Zusammenarbeit des militärischen und des zivilen Sanitäts- und Gesundheitswesens?
104. Abgeordnete
**Frau
Schleicher**
(CDU/CSU) Mit welcher Begründung bezeichnet die Bundesregierung in ihrer Antwort auf meine Frage B 41 Drucksache 7/5263 — den Nachweis der Wirksamkeit lebenden Masernimpfstoffs durch kontrollierte klinische Versuche als belegt, und wie vereinbart sie dies mit der Feststellung des Paul-Ehrlich-Instituts, aus der hervorgeht, daß in Feldversuchen unter anderem nur Konversionsrate und Nebenwirkungen untersucht wurden, die Wirksamkeit der Impfung selbst aber nicht geprüft wurde?
105. Abgeordnete
**Frau
Schleicher**
(CDU/CSU) Wie ist das Paul-Ehrlich-Institut bei der Begutachtung des lebenden Masernimpfstoffs im einzelnen der Arzneimittelprüfrichtlinie nachgekommen, wie wurde insbesondere der Nachweis der Wirksamkeit konkret belegt und die Unbedenklichkeit hinsichtlich möglicher Nebenwirkungen abgeschätzt, und sind die darüber vorhandenen Unterlagen veröffentlicht oder für interessierte Wissenschaftler nachprüfbar?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

106. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU) Welche konkreten Planungen bestehen derzeit hinsichtlich des Neubaus der B 299 zwischen Altötting und Traunstein, und wie soll gegebenenfalls die B 304 an diese neutrassierte Straße angebunden werden?
107. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung in ihr angekündigtes kreditfinanziertes Investitionsprogramm dringende Verkehrsinvestitionen aufnehmen, wie z. B. den Bau des Autobahnzubringers Nord von Villingen-Schwenningen, die Umgehung des Stadtteils Schwenningen im Zuge der B 27 und die Elektrifizierung des Bundesbahnverbindungsstücks Villingen-Rottweil?
108. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU) Wann ist mit einer Entscheidung über dieses Programm zu rechnen?
109. Abgeordneter
**Dr. Schmitt-
Vockenhausen**
(SPD) Wie viele Verstöße gegen die An- und Abflugbestimmungen des Rhein-Main-Flughafens wurden in den Jahren 1974/75/76 festgestellt, und wie und in welchem Umfang wurden sie geahndet?

- | | |
|---|---|
| 110. Abgeordneter
Walther
(SPD) | Besteht auf absehbare Zeit die Möglichkeit eines vorgezogenen Ausbaues der für die Infrastruktur des unterentwickelten nordwesthessischen Raumes dringend notwendigen Bundesautobahn Gießen-Bremen, zumindest im nordhessischen Bereich? |
| 111. Abgeordneter
Sick
(CDU/CSU) | Treffen Meldungen zu, daß der Bundesverkehrsminister beabsichtigt, den bundeseigenen Hafen List/Sylt nicht mehr als Schutz- und Sicherheitshafen zu betreiben und diesen mit Wirkung vom 1. April 1977 zu sperren, und wenn ja, wie wird diese Maßnahme begründet? |
| 112. Abgeordneter
Sick
(CDU/CSU) | Von wie vielen Schiffen, und in welchen Eigenschaften, wurde der Hafen in den letzten Jahren benutzt? |
| 113. Abgeordneter
Dr. Schmude
(SPD) | Sind der Bundesregierung die praktischen Erfahrungen mit der z. B. in der DDR geltenden Verkehrsregelung bekannt, nach der Fahrzeuge an Verkehrsampeln auch bei Rotlicht unter Beachtung des Querverkehrs nach rechts abbiegen dürfen, und zieht die Bundesregierung in Betracht, diese Regelung auch im Bundesgebiet einzuführen? |
| 114. Abgeordneter
Baron von Wrangel
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, in ihr geplantes Investitionsprogramm den Bau einer zweiten Schleusenkammer in Geesthacht aufzunehmen, um dem sich erhöhenden Verkehrsaufkommen gerecht zu werden und reparaturbedingte Sperrungen einer wichtigen Binnenwasserstraße zu vermeiden? |
| 115. Abgeordneter
Baron von Wrangel
(CDU/CSU) | Wann und in welcher Weise gedenkt die Bundesregierung den schon seit langem erhobenen Forderungen nach einem Ausbau des Elbe-Lübeck-Kanals zu entsprechen? |
| 116. Abgeordneter
Dr. Meyer zu Bentrup
(CDU/CSU) | Kann die Bundesregierung, unter Bezugnahme auf die von ihr gegebene Antwort zu der Schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Lenzer (CDU/CSU) — Drucksache 8/86 Frage B 55 — sicherstellen, daß auch die A 5 (früher A 100) mit in die „gegenwärtig“ angestellten Untersuchungen zur Feststellung des möglichen und tatsächlichen weiteren Bedarfs einbezogen wird, und wann ist mit dem Ergebnis der Untersuchung zu rechnen? |
| 117. Abgeordneter
Dr. Meyer zu Bentrup
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt und wie gegebenenfalls gedenkt sie zu würdigen, daß eine nach den vorgegebenen Kriterien durchgeführte „Handberechnung“ der Landesstraßenbauverwaltung in Münster einen hohen Wertigkeitsgrad erbracht hat, der veranschaulicht, welche Bedeutung dieser Strecke als Wirtschaftsverbindung zwischen den Großräumen Unterweser und Ostwestfalen-Lippe und Gießen/Wetzlar/Frankfurt einerseits und als raumordnerische Aufschließungsmaßnahme für die angrenzenden wirtschaftsschwachen Räume andererseits zukommt? |
| 118. Abgeordneter
Dr. Evers
(CDU/CSU) | Treffen Informationen zu, daß die Deutsche Bundesbahn die Verkürzung ihres Streckennetzes dadurch präjudiziert, daß im Jahresfahrplan 1977/78 Züge auf Nebenstrecken entfallen oder durch Bahnbusse ersetzt werden, ohne daß die an der Aufrechterhaltung des Schienenverkehrs aus wirtschaftlichen |

- und fremdenverkehrlichen Gründen interessierten Gemeinden zu dieser Maßnahme auch nur gehört werden (z. B. Dreiseenbahn Seebrugg – Titisee und zurück)?
119. Abgeordneter
Dr. Evers
(CDU/CSU)
- Billigt die Bundesregierung gegebenenfalls das Vorgehen der Bundesbahn in einer Zeit, in der alle Behörden gehalten sind, weitreichende Entscheidungen nur nach Anhörung aller Beteiligten zu treffen, langjährige Verträge mit privaten Busunternehmen abzuschließen, bevor auch nur eine Kontaktaufnahme mit den negativ betroffenen Gemeinden hergestellt worden ist?
120. Abgeordneter
Wimmer
(Mönchengladbach)
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung die zwischen der belgischen und der niederländischen Staatsbahn getroffenen Vereinbarungen bekannt, die mit dem Ziel geschlossen wurden, das Verkehrsaufkommen auf der Teilstrecke zwischen Mol/Belgien und Haelen/Düsseldorf erheblich anzuheben, und welchen Inhalt haben diese Vereinbarungen im einzelnen und zu welchen Konsequenzen für die Deutsche Bundesbahn geben sie Veranlassung?
121. Abgeordneter
Wimmer
(Mönchengladbach)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, durch eigene Maßnahmen oder gegebenenfalls Vereinbarungen mit den belgischen und niederländischen Staatsbahnen die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß auch auf der Teilstrecke zwischen Dalheim – Landesgrenze – und Mönchengladbach das Verkehrsaufkommen gesteigert werden kann, zumal diese Strecke die Entfernung zwischen Antwerpen und Düsseldorf erheblich verkürzt?
122. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU)
- Kann die Deutsche Bundesbahn mit dem Einverständnis der Bundesregierung rechnen, wenn sie der Empfehlung des Verwaltungsrates der Deutschen Bundesbahn vom 16. Februar 1977 folgt und bis zum Jahre 1982 in den Ausbesserungswerken Karlsruhe und Trier die Eigenproduktion von rollendem Material fortsetzt – also eine Tätigkeit der Deutschen Bundesbahn, die im Bundesbahngesetz nicht vorgesehen ist?
123. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die Eigenproduktion der Deutschen Bundesbahn in den Ausbesserungswerken sowie durch erwartete Transportverluste existenzgefährdende Einbußen für die deutsche Waggonindustrie entstehen, die zwangsläufig zu Kurzarbeit und Entlassungen führen müssen?
124. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU)
- Ist sich die Bundesregierung bewußt, daß Beschäftigungslage und Existenz der Deutschen Bundesbahn seit Anbeginn zuliefernden Industrie ausschließlich davon abhängt, daß es gelingt, attraktivere Dienstleistungen im Personen- und Güterverkehr anzubieten, um die Ertragslage der Deutschen Bundesbahn zu verbessern und insbesondere einen großen Teil des Personen- und Güterverkehrs von der Straße wieder auf die Schiene zu bringen?
125. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Bundesbahndirektion Hannover den Neubau einer Werkhalle in einer Kostenhöhe von 12 Millionen DM in der Nähe Hannovers plant?

126. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, wegen der hohen Verschuldung der Bundesbahn auf diese einzuwirken, den Neubau nicht vorzunehmen und die vorgesehene Aufarbeitung von Brückenteilen in die Hallen des ehemaligen Ausbesserungswerkes Braunschweig zu verlagern, um damit den Verlust von 550 Arbeitsplätzen durch Schließung des Ausbesserungswerkes Braunschweig zum Teil auszugleichen?
127. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Bis wann wird der Bahnhof Baden-Oos in Bahnhof Baden-Baden umbenannt angesichts der Tatsache, daß Baden-Oos lediglich ein Stadtteil von Baden-Baden ist?
128. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, künftig die Benutzung von sogenannten „Spikes-Reifen“ bei Fahrzeugen des Rettungsdienstes zuzulassen, um bei entsprechender Witterung einen schnellen Einsatz am Unfallort zu gewährleisten?
129. Abgeordneter
Schröder
(Wilhelminenhof)
(CDU/CSU)
- Sind dem Bundesverkehrsminister die Planungsabsichten der Deutschen Bundesbahn für die Änderung des Bahnsteigs am Bahnhof Norddeich-Mole bekannt, und hat er in diesem Zusammenhang auch die Einwendungen und Vorschläge der Inselgemeinde Nordseebad Juist zur Kenntnis genommen?
130. Abgeordneter
Schröder
(Wilhelminenhof)
(CDU/CSU)
- Falls ja, ist der Bundesverkehrsminister bereit, auf die Deutsche Bundesbahn dahin gehend einzuwirken, daß die Ostseite des Bahnsteigs im Interesse der Gäste der Insel Juist erhalten bleibt und darüber hinaus zum Schutz aller Verkehrsteilnehmer eine Überdachung des ganzen Bahnsteigs sowie ein Windschutz nach Westen errichtet wird?
131. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Wann und in welcher Bauzeit ist mit dem Ausbau der B 42 im Ortsbereich Rheinbrohl zu rechnen, nachdem das Planfeststellungsverfahren im wesentlichen abgeschlossen ist?
132. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Inwieweit sind die Planfeststellungsverfahren für die Trassierung der EB 42 im Ortsbereich Erpel/Rhein abgeschlossen, so daß mit dem Beginn der Ausbaumaßnahmen gerechnet werden kann?
133. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- In welchem Jahr wurde die letzte betriebswirtschaftliche Rechnung der Deutschen Bundesbahn für die Strecke Wiesau-Waldsassen erstellt, und wie sieht sie aus, wobei vor allem um Beantwortung der Frage gebeten wird, ab welchem Frachtaufkommen aus Waldsassen allein (unter Beibehaltung des derzeitigen Frachtaufkommens von Mitterteich und Steinmühle) die rechnerische Wirtschaftlichkeit dieser Strecke erreicht wird?
134. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Wie hoch ist das Defizit der Bundesbahn auf den Strecken des Zonenrandgebietes, unterteilt nach Fracht- und Personenverkehr, und welcher Ausfall an Einnahmen würde die Stilllegung der im betriebswirtschaftlichen Netz der Deutschen Bundesbahn nicht mehr vorgesehenen Strecken des Zonenrandgebietes für die betriebswirtschaftliche Gesamtrechnung zur Folge haben?

135. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung die seit einiger Zeit für Anschlüsse an das Fernmeldenetz von bestehenden landwirtschaftlichen Streusiedlungen, z. B. im Schwarzwald, besonders hohen Gebühren herabsetzen, da diese landwirtschaftlichen Betriebe oft mehrere Kilometer vom geschlossenen Ort entfernt sind, auf das Telefon besonders angewiesen sind und die teilweise mehrere Tausend DM betragenden Gebühren nur schwer aufbringen können?
136. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU) Könnte in der Höhe der Gebühren nicht ein Unterschied gemacht werden, ob es sich um landwirtschaftliche Betriebe handelt oder etwa um Ferienhäuser oder Jagdhütten?
137. Abgeordneter
Curd
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Deutsche Bundespost beabsichtigt, bei der Auflösung des Postamtes Duderstadt die bisher von dort bediente Samtgemeinde Gieboldehausen, Landkreis Göttingen, nicht dem Postamt Göttingen zuzuordnen, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es richtig wäre, bei Würdigung der politischen Situation an der Zonengrenze den postalischen Einzugsbereich des ehemaligen Landkreises Duderstadt, der am 1. Januar 1973 Bestandteil des neuen Großkreises Göttingen wurde, mit der Stadt Duderstadt und der Samtgemeinde Gieboldehausen geschlossen dem Postamt Göttingen zuzuordnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

138. Abgeordneter
Picard
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung die Ausschreibung eines öffentlichen Wettbewerbs durch die Bundesbaudirektion Berlin zum Entwurf einer künstlerisch gestalteten Wandfläche im Foyer des Neubaus der Staatsbibliothek der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in Berlin für angebracht, wonach neben allen freischaffenden auch alle angestellten und beamteten Künstler teilnahmeberechtigt sind?
139. Abgeordneter
Picard
(CDU/CSU) Sind nach Auffassung der Bundesregierung angesichts der Existenzschwierigkeiten freischaffender Künstler öffentliche Wettbewerbe mit Teilnahmeberechtigung für angestellte und beamtete Künstler überhaupt vertretbar, und ist die Bundesregierung bereit, in der eigenen Verwaltung anzuordnen, daß für öffentliche Aufträge in der Regel nur freischaffende Künstler zu Wettbewerben aufgefordert werden?
140. Abgeordneter
Picard
(CDU/CSU) Wie gedenkt die Bundesregierung, freischaffende Künstler allgemein zu fördern und insbesondere dafür zu sorgen, daß die für die künstlerische Gestaltung an öffentlichen Bauvorhaben mindestens vorrangig aufzufordernden freischaffenden Künstlern im Gegensatz zu häufiger Übung wenigstens Ersatz der Kosten für Material und die aufgewandte Zeit erhalten?
141. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU) Ist eine Pressemeldung zutreffend, derzufolge die Bundesregierung beabsichtigt, ein weiteres Haus für Repräsentationsverpflichtungen zu erwerben?

142. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Ist die Antwort der Bundesregierung auf meine Frage vom 3. Februar 1977 (Stenographischer Bericht der 14. Sitzung vom 10. Februar 1977, Anlage 8) dahin gehend zu verstehen, daß bei der Inbetriebnahme öffentlicher Gebäude Geistliche nicht nur eingeladen werden, sondern dabei auch, soweit dies örtlich üblich ist, Segensgebete sprechen dürfen, und bezieht sich diese Regelung auch auf die Sondervermögen Bundespost und Bundesbahn?
143. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß Wehrpflichtige, die vor Einberufung zum Grundwehrdienst in häuslicher Gemeinschaft einer Familie lebten, die wohngeldberechtigt war, auch während der zeitlich begrenzten Grundwehrdienstableistung Anspruch auf Wohngeld haben und dies an die Familie mitausbezahlt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

144. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß Touristen, die von Berlin aus in das Ostberliner Herrschaftsgebiet reisen wollen, zwecks Demonstrierung der kommunistischen Drei-Staaten-Theorie hinsichtlich der Bearbeitungsgebühr und der sog. Visumgebühr ungleich behandelt werden je nach dem, ob sie in Berlin oder im übrigen Bundesgebiet ihren Wohnsitz haben, wobei das amtliche Deutsche Reisebüro (DER) als Gehilfe in Erscheinung tritt, und was hat — bejahendenfalls — die Bundesregierung unternommen, um für alle Touristen eine einheitliche Behandlung aufgrund der günstigsten Regelung zu erreichen?
145. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Wie steht die Bundesregierung zu der Ankündigung des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen, Franke, in einem ddp-Interview am 2. Oktober 1976, es sei „sehr wahrscheinlich“, daß sich bis zum Jahresende eine Herabsetzung des Reisealters für DDR-Bürger in Verhandlungen zwischen Bonn und Ost-Berlin erreichen lassen werde, und für welchen Zeitraum rechnet die Bundesregierung mit einer Verwirklichung dieser einen Tag vor der Bundestagswahl gemachten Ankündigung?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

146. Abgeordneter
Dr. Schmitt-
Vockenhausen
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die statistische Auswertung von Krankheitsfällen, namentlich auf dem Gebiet der Krebserkrankungen, nach geographischen Gesichtspunkten, und sieht sie Möglichkeiten, diese Technik für die Erlangung wichtiger Hinweise auf krankheitsverursachende Faktoren in der Umwelt nutzbar zu machen?
147. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU) Welche Anstrengungen unternimmt, bzw. unterstützt die Bundesregierung, um die im Zuge der Energieversorgung nach Behauptungen von Energieversorgungsunternehmen unentbehrlichen riesigen Hochspannungsleitungen durch andere Techniken ersetzbar zu machen, um die gegenwärtig mit solchen Leistungen verbundenen schwerwiegenden Eingriffe in die Landschaft, in die Natur und das Grundeigentum zu vermeiden?

148. Abgeordneter
Dr. Hubrig
(CDU/CSU) Was hat die Bundesregierung unternommen, daß für Forschung und Maßnahmen der Energieeinsparung, der Entwicklung umweltfreundlicher Energiequellen sowie der Verhinderung von Umweltschäden durch Kraftwerke jeglicher Art die erforderlichen Gesetze geschaffen und ausreichende finanzielle Mittel bereitgestellt werden?
149. Abgeordneter
Dr. Hubrig
(CDU/CSU) Was hat die Bundesregierung unternommen, um den Deutschen Bundestag in allen Fragen der Energieplanung und der Probleme der Nutzung der Kernenergie umfassend zu unterrichten?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Bildung und Wissenschaft**

150. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) In welchen Ländern der Bundesrepublik Deutschland besteht nach den Informationen der Bundesregierung noch völlige Lernmittelfreiheit, in welchen Ländern ist die Lernmittelfreiheit eingeschränkt und wodurch, und wie beurteilt die Bundesregierung den zunehmenden Trend zum Abbau der Lernmittelfreiheit?
151. Abgeordnete
Frau
Dr. Wisniewski
(CDU/CSU) In welchem Umfang werden deutsche Wissenschaftler durch staatliche Stellen im Ausland unterstützt, und ist diese Unterstützung zeitlich befristet?
152. Abgeordnete
Frau
Dr. Wisniewski
(CDU/CSU) Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um einen längerfristigen, gegebenenfalls unbefristeten Auslandsaufenthalt deutscher Hochschullehrer mit staatlichen Mitteln zu ermöglichen?

Bonn, den 11. März 1977